

Wahlprogramm
zur Landtagswahl 2004
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Brandenburg

**„Neue Kraft für Brandenburg
damit sich etwas ändert!“**

Neue Kraft für Brandenburg



Landtagswahlprogramm Brandenburg

Impressum:

Freie Demokratische Partei

Landesverband Brandenburg

Alleestraße 12

14489 Potsdam

Tel. 0331 / 29 16 41

Fax 0331 / 29 19 40

FDP-LV-BRB@fdp.de

www.Neue-Kraft-für-Brandenburg.de

Satz und Druck:

altmann-druck GmbH, Berlin

Inhaltsverzeichnis

	Neue Kraft für Brandenburg	5
1	Wirtschaft und Arbeit	8
2	Tourismus	19
3	Bauen, Wohnen und Verkehr	21
4	Ländlicher Raum, Land- und Forstwirtschaft, Umweltschutz und Erhaltung der Kulturlandschaft	27
5	Bildung, Schule, Berufliche Bildung	31
6	Wissenschaft und Forschung	39
7	Kultur	45
8	Soziales, Familie, Frauen, Jugend, Senioren	49
9	Gesundheit	55
10	Sport	57
11	Innen und Recht	58
12	Finanzen	62
13	Kommunales, Gemeindefinanzen, Funktionalreform	65
14	Brandenburg und Berlin, Brandenburg und der Bund	66

Neue Kraft für Brandenburg

Die Landtagswahl am 19. September wird eine entscheidende Weichenstellung für die Zukunft Brandenburgs. Es gilt, eine unfähige Regierung der rot-schwarzen Koalition zu beenden und einen Neuanfang mit unverbrauchten Kräften zu gestalten.

In den ersten Jahren des wiedererstandenen Landes Brandenburg, der Zeit des Um- und Aufbruchs nach der Wende und des Aufbaus neuer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Strukturen, waren Mut und Zuversicht in Brandenburg zu Hause. Liberale Persönlichkeiten wie Wissenschafts- und Kulturminister Dr. Hinrich Enderlein und Wirtschaftsminister Walter Hirche haben für Strukturen und Ansiedlungen gesorgt, die das Land geprägt haben.

In den folgenden Jahren der SPD-Alleinregierung wurden alle Chancen verspielt, diesen Weg weiterzugehen. Eine überhebliche Parteiherrschaft, die das Land als Eigentum der SPD verstand und mit rotem Filz überzog, verband sich mit der Neigung, das Geld mit vollen Händen für Fehlinvestitionen, übertriebene Ansprüche und einen Verteilungsstaat nach dem Motto "Brandenburg als Stolpes kleine DDR" zum Fenster herauszuwerfen. Konsum statt Investitionen und immer mehr Schulden statt solider Haushaltsführung haben den Landeshaushalt ruiniert und die rote Laterne beim Wirtschaftswachstum nach Brandenburg geholt.

Wunschdenken, unrealistische Erwartungen und Leichtgläubigkeit führten zu einer Kette von Fehlentscheidungen und Investitionsruinen. Die Begriffe Brandenburgische Landgesellschaft, Premnitz, Lausitzring, Wünsdorf, Landesentwicklungsgesellschaft, Cargo-Lifter und die endlose Geschichte vom Grossflughafen sind die Ergebnisse sozialdemokratischer „Regierungskunst“.

In den letzten fünf Jahren hat sich trotz der Regierungsbeteiligung der CDU in der rot-schwarzen Koalition nichts Wesentliches geändert. Die Politik sinnloser Großprojekte, für die sich kein privater Investor und keine finanzierende Bank findet, sondern nur Steuerzahler das Risiko tragen sollen, wurde fortgesetzt. Höhepunkt der enttäuschten Hoffnungen ist die Frankfurter Chipfabrik, eng verbunden mit dem Namen des gescheiterten CDU-Wirtschaftsministers Fürniß.

Beide Regierungsparteien haben das Land in eine immer höhere Verschuldung getrieben. Das 1999 von der großen Koalition gegebene Ver-

sprechen, bis 2002 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, ist längst Makulatur und in eine ferne Zukunft verschoben. Der dringend notwendige Abbau der überbesetzten Landesverwaltung findet viel zu langsam statt.

Diese Koalition ist auch in der Bildungspolitik gescheitert. Die Pisa-Studie hat es schonungslos aufgezeigt. Es gibt unzählige Experimente, aber keine klare Linie und kein Konzept. In der Schulpolitik sind die Koalitionsparteien, wie auf vielen anderen Gebieten, tief zerstritten. Jede Partei regiert in den von ihr besetzten Ministerien vor sich hin. Eine politische Führung der Landesregierung, ein gemeinsames Konzept zur Lösung der Probleme oder gar eine gemeinsame Vorstellung von der Gestaltung des Landes in der Zukunft sind nicht zu erkennen. Gemeinsam ist SPD und CDU nur der Wille zum Machterhalt.

Brandenburg braucht eine neue Politik mit konsequenter Mittelstandsförderung statt teurer Großmannssucht, mit energischem Bürokratieabbau und mehr Investitionen in Bildung und Wissenschaft. Sie muss aufgeschlossen für neue Technologien und zukunftsweisende Forschung sein und die Chancen nutzen, die sich aus der zentralen Lage mitten in Europa und der Nähe zur Hauptstadt Berlin ergeben. Der Zuzug von Betrieben und gut ausgebildeten Menschen in die berlinnahen Regionen Brandenburgs sowie eine große Zahl potentieller Nutzer der touristischen und kulturellen Angebote Brandenburgs ermöglichen eine Perspektive für alle Landesteile. Die Förderung der Kultur gerade auch als identitätsbewahrendes Element des Landes ist den Liberalen dabei ein besonderes Anliegen. Diese ist auch ein erfolversprechendes Mittel, ein Ausbluten der Randregionen zu verhindern und die Abwanderung von gut qualifizierten Kräften, vor allem Frauen und jungen Leuten, zu stoppen. Brandenburg muss auch in der Prignitz, in der Uckermark, im Oderbruch und in der Lausitz lebenswert bleiben.

Durch die Nähe zu Berlin ist das Brandenburgische Umland in besonderer Weise gefordert, Zugezogene aus anderen Bundesländern zu integrieren. Es gilt, die Erfahrung der Einheimischen mit Anregungen und Fähigkeiten der Hinzugekommenen zu verbinden, wie dies alter brandenburgischer Tradition entspricht.

Die Liberalen in Brandenburg orientieren sich in ihrer Politik an den Grundsätzen

Freiheit, Verantwortung und Transparenz.

Freiheit bedeutet: Dem Fleiß und der Schaffenskraft des Einzelnen muss Raum gegeben werden. Es müssen die geeigneten Rahmenbedingungen hierfür geschaffen werden, bürokratische Hürden müssen entfallen. Der Einzelne muss, nicht nur im Wirtschaftsleben, selbst entscheiden können, was für ihn am besten ist. So muss etwa eine Vielfalt der Schulformen mit echten Wahlmöglichkeiten für die Eltern bestehen. Die Rechte des Einzelnen müssen auch gegenüber dem Staat gesichert werden; wir treten entschieden für die Wahrung der Bürgerrechte ein.

Verantwortung bedeutet: Wir müssen uns stets der Folgen unseres Tuns für die nachfolgenden Generationen bewusst sein. Deshalb wollen die märkischen Liberalen den Weg in die Verschuldung stoppen und umkehren, damit nicht durch die Zinslasten die Zukunft unserer Kinder verspielt wird. Verantwortung bedeutet auch einen respektvollen Umgang mit unserem reichen kulturellen Erbe und den natürlichen Lebensgrundlagen.

Transparenz bedeutet: Politische Entscheidungen müssen möglichst nach unten verlagert werden, dorthin, wo die Bürger die Folgen überblicken und die Dinge selbst in die Hand nehmen können. Das Handeln der Landesregierung muss vom Landtag effektiv kontrolliert werden. Nicht erst die sog. „V-Mann-Affäre“ hat gezeigt, dass die Landtagsabgeordneten ihre Aufgaben nicht ausreichend ernst nehmen oder ihnen nicht gewachsen sind.

Die FDP Brandenburg will im nächsten Landtag liberale Politik durchsetzen. Wenn uns die Wähler die Rolle der Opposition zuweisen, werden wir eine lebendige und kreative Oppositionspolitik machen und zeigen, wie man eine Landesregierung wirklich kontrolliert. Gegenüber den lahmen und müden Zuständen der letzten Jahre wäre allein das schon ein Gewinn für den Landtag und das Land.

Es ist das strategische Ziel der FDP, so stark in den Landtag gewählt zu werden, dass es keine Mehrheit von rot-roten Mandaten gibt. Neue Mehrheiten bringen endlich Schwung in den Landtag und die dringend notwendige Bewegung in die Landespolitik. Wir sind überzeugt, dass Brandenburg vor neuen Mehrheiten steht, und zur Übernahme von Regierungsverantwortung bereit. Für eine neue Politik in Brandenburg mit den liberalen Zielen, wie sie in den nachfolgenden Kapiteln beschrieben wer-

den, sind wir zur Zusammenarbeit mit allen demokratischen Parteien bereit. Eine Regierungszusammenarbeit der FDP mit der PDS oder einer rechten Partei wird es aber nicht geben.

(1) Wirtschaft und Arbeit

Arbeitsplätze für Brandenburg

Die Menschen in Brandenburg erwarten, dass die Bekämpfung der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit zum Hauptthema der Wirtschaftspolitik gemacht wird. Die Politik der bisherigen Landesregierung hat dies nicht umgesetzt, im Gegenteil:

Stetig sinkende Investitionen, zunehmender Interventionismus, Misswirtschaft landeseigener Unternehmen, Konzentration der Mittel auf politische Prestigeobjekte und Geringschätzung privatwirtschaftlicher Initiative haben die konjunkturelle Schwäche zusätzlich verstärkt und sind Ausdruck fehlender ordnungspolitischer Überzeugungen und Konzepte. Die skandalösen Pleiten der letzten Jahre hatten ihre Ursache nicht im Versagen der Marktwirtschaft, sondern waren vorhersehbare Resultate einer falschen Politik.

Das Land braucht endlich eine wirtschaftsfördernde und arbeitsschaffende Politik liberaler Prägung. Nur diese eröffnet bessere Bedingungen für die unternehmerische Tätigkeit und schafft Zuversicht und Mut zu Investitionen der Privaten in einer attraktiven und leistungsstarken Region.

Die Bundespolitik ist gefordert, das Steuersystem und die Sozialsysteme zu reformieren, den Arbeitsmarkt zu flexibilisieren und die Bürokratie abzubauen. Die Steuer- und Abgabenbelastung muss spürbar gesenkt werden, das rigide Arbeitsrecht muss gelockert werden, es muss mehr Raum für die individuelle Entscheidungsfreiheit geschaffen werden.

Die FDP Brandenburg setzt sich dafür ein, dass im Land Brandenburg möglichst viele Modellregionen für Bürokratieabbau entstehen, wie sie das Bundeswirtschaftsministerium angekündigt hat. Dabei sollen vor

allem Auflagen im Bau-, Umwelt- und Sozialrecht entfallen, die Investitionen und Einstellungen behindern.

Diese objektiven, bundespolitischen Erfordernisse mindern nicht die eigene landespolitische Verantwortung. Die FDP Brandenburg stellt sich dieser Verantwortung mit klaren Zielstellungen und konkreten Vorschlägen.

Der Mittelstand gehört in den Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik

Die Mehrzahl der Brandenburger Unternehmen hat mittelständische Strukturen. Hier sind die meisten Menschen beschäftigt und hier können am schnellsten neue und rentable Arbeits- und Ausbildungsplätze für Jugendliche entstehen. Privatem Engagement muss gegenüber staatlichem Handeln Vorrang gegeben werden. Öffentliche Dienstleistungen und Aufgaben müssen verstärkt Selbständigen, Freiberuflern und privaten Unternehmen übertragen werden.

Das Vergaberecht, das kommunale Wirtschaftsrecht und das Denkmalschutzgesetz müssen unverzüglich dereguliert werden.

Unternehmen mit einem Jahresumsatz von bis zu 2,5 Mio. Euro sollen künftig die Möglichkeit bekommen, die Umsatzsteuer an das Finanzamt nur für die bereits von ihren Kunden bezahlten Rechnungen abführen zu müssen (Ist-Besteuerung).

Auf kleine und mittelständische Unternehmen müssen auch die Förderinstrumente ausgerichtet werden. Das System muss überschaubar werden, die Kriterien müssen transparent und verlässlich sein. Antragswege und Entscheidungsfristen müssen verkürzt werden. Besonderer Unterstützung bedürfen Technologie- und Produktinnovationen, Zugang zu internationalen Märkten und Struktur Anpassungen im Hinblick auf die EU-Erweiterung.

Es ist unabdingbar, den Belangen der mittelständischen Wirtschaft in allen Politikbereichen mehr Geltung zu verschaffen. Die sog. Mittelstandsklausel muss als Verpflichtung begriffen werden, alle legislativen und exekutiven Entscheidungen der Landespolitik auf ihre Auswirkungen auf den Mittelstand zu überprüfen. Bürokratiepflichten, Standards, Abgaben und Gebühren dürfen nicht ohne Berücksichtigung der realen Leistungsfähigkeit abgewälzt werden.

Die Untere Naturschutzbehörde darf nicht zum Investitionshemmnis werden. Naturschutzrechtliche Prüfungen und Auflagen dürfen nicht dazu führen, dass Investitionen jahrelang verzögert und durch hohe Bürokratiekosten unattraktiv werden.

Jede unnötige Belastung beeinträchtigt die Fähigkeit und Bereitschaft der Betriebe, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen.

Mittelstandsfinanzierung sichern

Die angespannte Liquiditätslage vieler Unternehmen führt zu Kettenreaktionen, die häufig in Insolvenz intakter Betriebe münden, weil offene Forderungen nicht rechtzeitig eingetrieben werden können. Verursacher sind nicht nur private oder gewerbliche Schuldner, sondern häufig die öffentliche Hand als Auftraggeber.

Es ist nicht hinzunehmen, dass die Kassenlage der Kommunen zu Scheinbeanstandungen und ungerechtfertigten Zahlungsverweigerungen führt, die mittelständische Existenzen und Arbeitsplätze vernichtet.

Die Entscheidungspraxis für Überbrückungshilfen des Landes aus dem Liquiditätshilfe- und Konsolidierungsprogramm entspricht nicht den zeitlichen Anforderungen in akuten Problemsituationen. Da das Grundproblem mangelnden Eigenkapitals nicht kurzfristig lösbar ist, müssen solche Überbrückungshilfen zu wirksamen Instrumenten ausgestaltet werden.

Brandenburgs kleine und mittlere Unternehmen sollen bei der Anpassung an die mit dem Baseler Akkord II zu erwartenden Veränderungen unterstützt werden. Die FDP Brandenburg wird eigenkapitalfördernde Maßnahmen unterstützen und eigene Initiativen ergreifen. Sie wird prüfen, ob und mit welchen Instrumenten Konsolidierungs- bzw. Sanierungshilfe geleistet werden kann, wenn Unternehmen trotz sich verschlechternder Rahmenbedingungen hinreichend Aussicht auf nachhaltige Sanierung bieten.

Die Investitionsförderung muss effizient und finanziell gesichert sein

Für den Einsatz von finanziellen Mitteln gilt: das Anwachsen der konsumtiven Ausgaben zu Lasten der Investitionen muss beendet werden.

Die Mittel aus dem Fond Deutsche Einheit dürfen ausnahmslos nur für investive Zwecke eingesetzt werden. Die Verwendung zur Finanzierung von Personal- oder Sachkosten der Verwaltung ist politisch unverantwortbar.

Fördermittel dürfen nicht für politische Leuchttürme und Prestigevorhaben missbraucht werden. Der sinnvolle Umgang mit knappen Ressourcen erfordert, vorhandene Mittel vorrangig dort einzusetzen, wo mit der Förderung der höchste Nutzen erreicht wird. Die Mittelbewirtschaftung muss gestrafft und konzentriert werden.

Wenn Projekte durch die Arbeitsämter gefördert werden, dann sollen sie so gestaltet sein, dass daraus z. B. Maßnahmen für die Verbesserung der touristischen Infrastruktur finanziert werden.

Räumliche Umstrukturierungsprozesse anerkennen – Bevölkerungsschwund bewältigen

Seit Jahren gibt es eine Abwanderungsbewegung von Ost nach West, die durch die gleichzeitig stattfindende West-Ost-Wanderung noch nicht ausgeglichen werden konnte. Zwischen 1992 und 2000 wanderten 1,5 Mio. Menschen in Richtung Westen, während umgekehrt 1,2 Mio. Personen nach Ostdeutschland gingen. Die Wanderungsbewegung in den Osten ist inzwischen stabil, die Abwanderung aus Ostdeutschland nimmt dagegen weiter zu. Ergebnis ist, dass die Nettoabwanderung in dem Zeitraum von 1989 bis 2001 auf 660 000 Personen angestiegen ist. Dies hat einerseits große Auswirkungen auf die räumlichen Strukturen, aber vor allem auch auf die Ressource Humankapital; denn überwiegend Menschen mit hohem Bildungsniveau bestimmen die Fluktuation innerhalb Deutschlands. Von den jungen Menschen, die in den alten Bundesländern eine Berufsausbildung absolvieren, kommt nur etwa ein Drittel in den Osten zurück. Dieser Prozess kann nur dadurch ausgewogener gestaltet werden, dass in Ostdeutschland mehr qualifizierte Arbeitsplätze entstehen.

In Bezug auf die räumlichen Auswirkungen zeigt sich bei näherer Betrachtung, dass parallel zu den Wanderungsprozessen in Gesamtdeutschland ein räumlicher Umstrukturierungsprozess stattfindet. Während die Gemeinden in den Randregionen aufgrund der Abwanderung in Ballungsräume und der demografischen Entwicklung schrumpfen

fen, wachsen die Ballungsräume und stadtnahen Randzonen kontinuierlich. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels ist die Frage einer schrumpfenden Gesellschaft und den damit verbundenen Auswirkungen ein Thema für Gesamtdeutschland. Die FDP Brandenburg hat bereits frühzeitig darauf hingewiesen, dass auch hier ein Umdenken stattfinden muss. Anstatt gegen die unausweichliche Ausdünnung der ländlichen Regionen anzugehen, muss eine Konzentration auf wachstumsfähige Räume stattfinden. Zu dieser Erkenntnis kommen nun auch Untersuchungen des Instituts für Regionalplanung und Strukturplanung (IRS). Die Experten raten zum Umsteuern bei der Raumordnung durch Rückzug aus nicht mehr tragfähigen dörflichen Siedlungsstrukturen zugunsten der Stärkung von Zentren.

Die FDP Brandenburg fordert daher ein Umsteuern bei der Raumordnungspolitik im Sinne einer Konzentration auf im Ansatz erkennbare, wettbewerbs- und wachstumsfähige Regionen und Städte. Die Wirtschaftsförderpolitik des Landes muss synergetisch mit der Verkehrs-, Bildungs-, Hochschul- und Städtebaupolitik in den als wachstumsfähig erkannten Regionen und Städten konzentriert eingesetzt werden. Nur unter diesen Voraussetzungen schaffen wir mit den knappen finanziellen Ressourcen neue Ausbildungs- und Arbeitsplätze.

Ansiedlung und Bestandspflege verstärken, Existenzgründer fördern

Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und ein gesellschaftspolitisch positives Unternehmerbild ermöglichen Investitionen und die Schaffung bzw. den Erhalt von Arbeitsplätzen in Brandenburg.

Die Gewinnung von Investoren muss aktiviert und neu ausgerichtet werden. Statt auf spektakuläre Großansiedlungen zu warten, müssen gezielte und realistische Direktwerbungen organisiert werden. Es bedarf einer verlässlichen und berechenbaren Politik der handelnden Personen. Eine Ausbildungsplatzabgabe lehnt die FDP Brandenburg ab. Viele junge Menschen verlassen Brandenburg und finden Arbeit in expandierenden Unternehmen im In- und Ausland. Wir müssen den Trend umkehren. Brandenburg muss durch investorenfreundliche Rahmenbedingungen Unternehmensansiedlungen erleichtern. Dann finden unsere Jugendlichen im Land Arbeit und Menschen aus anderen Bundesländern kommen mit ihren Familien und ihrer Kaufkraft nach Brandenburg.

Die bestehenden Unternehmen dürfen von den Einrichtungen der Wirtschaftsförderung nicht vernachlässigt werden. Kontaktpflege, unbürokratische Beratung und kontinuierliche Unterstützung müssen als Bringpflicht verstanden werden, sie dienen dem Erhalt dringend benötigter Arbeitsplätze.

Auf Landes- und kommunaler Ebene ist eine konsequente Förderung von soliden Existenzgründungen notwendig. Die Selbständigkeitsquote muss weiter erhöht werden, um die privatwirtschaftliche Substanz zu stärken und neue Arbeitsplätze zu gewinnen. Das innovative und kreative Potenzial junger Unternehmer bietet Chancen für die Entwicklung zukunftssträchtiger und wettbewerbsfähiger Betriebe.

Es muss ein professionelles Standortmarketing geben, das auch Synergieeffekte – insbesondere durch Zusammenarbeit mit örtlichen Universitäten und Fachhochschulen – nutzt.

Bürokratieabbau – durch Deregulierung zu mehr Investitionen

Umständliche Behördenverfahren schrecken Investoren ab oder verzögern den Beginn neuer Projekte. Damit behindern sie die Schaffung von Arbeitsplätzen. Neue gesetzgeberische Vorhaben, Verwaltungsvorschriften und technische Standards werden einer Wirtschaftlichkeitsprüfung unterzogen, um Bürokratie und Regulierungen auf ein Minimum zu beschränken.

Die FDP Brandenburg fordert die Lichtung bzw. Abschaffung überflüssiger Gesetze und bürokratischer Regelungen, damit Zukunftsinvestitionen wieder Vorfahrt in Brandenburg haben.

Die FDP Brandenburg wird einen Bürokratie-TÜV einführen. Wir setzen uns dafür ein, dass Gesetze mit Verfallsdaten versehen werden.

In Zusammenarbeit mit Verbänden, Kammern und Kommunen wollen wir einen Dispositionskatalog der überflüssigen Verordnungen und Erlasse erstellen, um unnötige Regulierungen aufzuheben.

Wir halten ein Investitionserleichterungsgesetz für unerlässlich. Die bisherige Praxis, Bundesgesetze und europäische Normen in Brandenburg noch stärker durch zusätzliche Auflagen zu verschärfen, hat im Ergebnis zu einem Regulierungs-Perfektionismus geführt. Bürokratie ist zu einem Hemmnis für Investitionen in Brandenburg geworden.

Privatisierung öffentlicher Aufgaben vorantreiben

Neue Arbeitsplätze können auch dort entstehen, wo bisher der Staat gewirtschaftet hat. In vielen Fällen werden dort alte Strukturen konserviert und das Entstehen neuer Dienstleistungsformen verhindert. Die wirtschaftliche Tätigkeit landes- und kommunaleigener Betriebe gehört deshalb auf den Prüfstand. Es häufen sich Pleiten solcher Unternehmen zum Schaden der Bürger, es entstehen Filz und Misswirtschaft durch Ausnutzung monopolartiger Strukturen, hohe Kosten und schlechter Service werden begünstigt, Schattenhaushalte werden aufgebaut und Privatunternehmen durch subventionierte Preise im Wettbewerb benachteiligt.

Der geltende Grundsatz, dass öffentliche Unternehmen nur dann tätig werden dürfen, wenn sie besser und billiger anbieten als private Unternehmen, muss Realität im Land werden. Dieses Prinzip darf nicht durch Scheinprivatisierungen umgangen werden.

Wissenschaftsnähe und Innovationspotenziale schaffen

Entscheidende Faktoren für die Erhöhung von Wertschöpfung, Arbeitsproduktivität und Wettbewerbsfähigkeit sind Innovationen im technischen, technologischen und Produktbereich. Die Fähigkeit kleiner und mittlerer Betriebe, eigene Innovationen zu entwickeln und zur Anwendungsreife zu führen, ist begrenzt.

Einen Ansatz für mehr qualitatives Wirtschaftswachstum sieht die FDP in der innovations- und wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik.

Anwendungsorientierte Forschung und der technologisch ausgerichtete Mittelstand bilden die Basis einer leistungsfähigen Wirtschaft.

Die FDP Brandenburg fordert deshalb

- die Bildung einer strategischen Allianz aus Wirtschaft, Hochschulen, Kammern und Verbänden,
- bis spätestens 2010 den Anteil der Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen am Sozialprodukt zu verdoppeln,
- die Existenzgründer im Umfeld von Hochschulen und industrienahen Forschungseinrichtungen durch erleichterten Risikokapitalzugang, Unterstützung von Gründernetzwerken, „Business-Angels“ und Lehrstühle für Gründungsmanagement nachhaltig zu stärken,

- die Innovationsförderung effektiver zu gestalten, und zwar durch kürzere Bearbeitungszeiten für Förderanträge, vereinfachte Bewilligungsverfahren für kleinere Projekte, deutliche Akzentuierung der Forschungsprioritäten (Bewilligungskriterien), Schaffung laufzeitangepasster Bewilligungszusagen und weitergehende Öffnung von Landesprogrammen für Forschungs- und Entwicklungsdienstleister und innovative Netzwerke,
- die Innovationsförderung stärker auf die Märkte der Zukunft zu konzentrieren. Auf der Basis einer umfassenden Zukunftsanalyse der bestehenden und potenziellen Vorreitermärkte fordern wir, die Technologiepolitik in einem Innovationsprogramm für Brandenburg im Dialog mit Wissenschaft und Wirtschaft auf Schwerpunkte zu konzentrieren, um damit vorhandene Ressourcen zu bündeln und die Effizienz der Förderung zu steigern.

Zu diesen Schwerpunkten gehören vor allem die Informations- und Kommunikationstechnologien, die Bio- und Gentechnologie, die Luftverkehrs-, Energie- und Umwelttechnologie, die Nanotechnologie sowie die Medizin- und Gesundheitsforschung.

Die im Flächenland Brandenburg mit seinen Rohstoffressourcen im Agrarsektor gegebenen Chancen für die Biotechnologie werden wir nutzen. Die FDP Brandenburg wird deshalb neben den genannten Schwerpunkten auch eine Biotechnologieoffensive starten.

Nachhaltiges Wachstum für Brandenburg heißt für uns auch, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen nur durch eine Strategie der Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Kostenoptimierung erreicht wird. Wir wollen den Wettbewerb um die besten Ideen entfachen und ein Innovationsklima schaffen, damit Arbeitsplätze und Wachstum in Brandenburg eine Chance haben.

Unternehmerische, am Markt und am Verbraucher orientierte Landwirtschaft

Arbeitsplätze in der Landwirtschaft können nur erhalten werden oder neu entstehen, wenn die vorgegebenen Rahmenbedingungen ein flächendeckendes, unternehmerisches und eigentumsorientiertes Wirtschaften ermöglichen. Veränderungen, vor allem im Bewusstsein, sind auch aufgrund der aktuell schwierigen Marktsituation notwendig. Landwirtschaft

kann nur funktionieren, wenn sie wirtschaftlich ausgerichtet ist und sich auch mit ihren Produkten flexibel am Markt orientiert. Das Marketing für die Produkte muss mehr verbraucherorientiert erfolgen, damit ein Vertrauensverhältnis zwischen Produkt und Konsument hergestellt werden kann. Deshalb wollen wir Liberalen:

- die Gleichbehandlung aller Rechtsformen und keine Förderobergrenzen,
- ein gleichberechtigtes Nebeneinander von konventionellem und ökologischem Anbau,
- dass Markt und Verbraucher durch das Kaufverhalten und nicht staatliche Subventionen über den Anteil des ökologischen Anbaus entscheiden,
- die Garantie eines höchstmöglichen Verbraucherschutzes,
- die Verbesserung der Lebensmittelkontrolle,
- eine stärkere Berücksichtigung des Herkunftsnachweises von Lebensmitteln.

Ideologiefreie Energiepolitik

Ein wesentlicher Faktor für das Entstehen von Arbeitsplätzen ist die Bereitstellung von Energie.

Energiepolitik muss sich vorrangig daran orientieren, Versorgungssicherheit und marktgerechte Preise zu gewährleisten. Diese Aufgabe muss sinnvoll mit den Anforderungen des Umweltschutzes in Einklang gebracht werden. Die FDP Brandenburg spricht sich für einen Energiemix aus, der fossile Brennstoffe, Kernenergie und regenerative Energiequellen einschließt.

Für die Wirtschaft des Landes Brandenburg ist die weitere Nutzung der heimischen Braunkohle unverzichtbar. Die Energieerzeugung aus regenerativen Quellen muss forciert werden. Dafür müssen jedoch neue Schwerpunkte gesetzt werden. Die Nutzung von Erdwärme und Biomasse ist wegen ihrer kontinuierlichen Verfügbarkeit der Windenergienutzung vorzuziehen.

Die ausufernde versteckte Subventionierung der Windenergie, die

kostenträchtige Bereitstellung notwendiger Regelernergie zum Ausgleich von deren wetterbedingten Leistungsschwankungen und die störende Wirkung entsprechender Anlagen sind Gründe, den weiteren Ausbau der Windenergie in Brandenburg nur noch dort zuzulassen, wo kommunalpolitische Akzeptanz besteht. Der Bau von Windkraftanlagen hat zu einer Zerstörung des Natur- und Landschaftsbildes und zu teilweiser Beeinträchtigung der Wohnqualität in Brandenburg geführt.

Die FDP Brandenburg unterstützt die Ausrichtung der Windenergieanlagenhersteller auf die Exportmärkte.

Die Ökosteuer belastet Wirtschaft und Region einseitig. Betriebskosten erhöhen sich besonders beim gewerblichen Straßengüterverkehr und dem Arbeitsweg für die Bewohner der Randgebiete. Besonders energieintensive Großverbraucher werden aber von der Ökosteuer entlastet. Einen Nachweis der Verminderung von Umweltbelastungen durch einen aus der Verteuerung resultierenden Minderverbrauch an Energie gibt es bisher nicht. Die Liberalen setzen sich für die Abschaffung dieser Steuer ein.

Brandenburgs Wirtschaft und die EU-Osterweiterung

Die EU-Osterweiterung birgt sowohl Chancen, Europa nach Generationen der Trennung und des Konfliktes friedlich zu vereinen, aber auch Risiken. Angesichts der zunehmend internationalisierten Wirtschaftsabläufe ist die EU unsere Antwort auf die Globalisierung, d. h. das weltweite Zusammenwirken der Märkte und Mächte.

Die FDP Brandenburg setzt auf die Chancen der regionalen Entwicklung, ohne die Probleme und Sorgen zu übersehen, die hinsichtlich der Kriminalität, des Konkurrenzdenkens oder der noch vorhandenen nationalen Vorbehalte auf beiden Seiten bestehen.

Trotzdem werden die Aufhebung der Grenzkontrollen und die verstärkte Begegnung der Menschen zu einer tatsächlichen Verbundenheit und zu einem gemeinschaftlichen Selbstverständnis führen. Dazu sind viele kleinere und größere Schritte erforderlich. Mit der EU-Erweiterung allein ist es nicht getan. Deshalb ist auch die Landespolitik in der Pflicht.

Dies gilt umso mehr, als dass mit dem Beitritt Polens zur EU die mittelständische Wirtschaft mit Betrieben jenseits der Oder konkurrieren muss, die die bundesdeutsche Besteuerung nicht zu tragen haben.

Solide Wirtschaftspolitik: Die Grenzregionen Polens und Brandenburgs als gemeinsamen Wirtschaftsraum begreifen und gestalten

Beide Regionen gehören zu den eher strukturschwachen Regionen ihrer Staaten. Die Arbeitslosigkeit ist hier traditionell hoch und noch immer steigend. Anhaltender Bevölkerungsschwund und zunehmende Verödung von Städten und Gemeinden sind die Folge. Dieser Entwicklung kann nur mit einer gemeinsamen Wirtschaftskooperation Brandenburg/Westpolen begegnet werden, damit regionale Wachstumsimpulse gesetzt werden.

Um die Bedeutung des Wirtschaftsraumes Brandenburg/Westpolen zu unterstreichen, werden gemeinsame Präsentationen in Brüssel ins Auge gefasst. Dazu gehört auch die Entwicklung eines grenzüberschreitenden Regional- und Standortmarketings.

Die grenzüberschreitende Koordination und Integration der Förderpolitik vor allem auf Projektebene muss dringend verbessert werden. Denn noch behindern einzelne EU-Regelungen, wie beispielsweise das „Territorialprinzip“, das streng nach „EU-internen“ und „EU-externen“ Programmen unterscheidet, eine gemeinsame grenzüberschreitende Finanzierung von Projekten. Unabhängig davon darf es links und rechts der Oder keine unterschiedlichen Förderniveaus geben.

Den Weg für internationale Investitionen bereiten

Neben der Unterstützung der heimischen Wirtschaft muss die Politik auch die Weichen für vermehrte internationale Investitionen stellen. Dabei sollte der Blick weniger auf Subventionen gerichtet werden, sondern auf die Kernaufgaben des Staates. Dazu gehören das Schaffen von Rahmenbedingungen, schnelle und unbürokratische Rechtssicherheit (Antragsverfahren, Durchsetzung von Ansprüchen, etc.) und Infrastrukturmaßnahmen. Die künftige gemeinsame Region muss attraktiver für neue Investoren sein. Deswegen ist es sinnvoll, bestehende kleinere Kooperationen zu bündeln. Durch die Zusammenfassung sollen Synergieeffekte und die Dienstleistungsfähigkeit der öffentlichen Stellen in der Region ausgebaut werden.

Um den Kenntnisstand der Unternehmen und der wirtschaftlichen Akteure in den Grenzregionen zu verbessern, ist es notwendig, verstärkt Erhebungen und systematische Analysen zu wesentlichen sozialen und wirtschaftlichen Fragen und Veränderungen in den Grenzregionen durchzuführen. Somit werden Missverständnisse und Fehlentwicklungen rechtzeitig erkannt und vermieden.

Mitarbeiter der Arbeitsämter in den Grenzregionen müssen durch spezielle Schulungen und Sprachlehrgänge in die Lage versetzt werden, Arbeitsuchende sowohl an den polnischen als auch an den deutschen Arbeitsmarkt heranzuführen.

(2) Tourismus

Tourismus in Brandenburg

Mit 90.000 Teil- oder Vollzeitjobs ist der Tourismus eine Schlüsselbranche in Brandenburg. Tourismus schafft dringend benötigte Arbeitsplätze in den wirtschaftlich schwächeren Regionen, er bietet aber auch wichtige Rahmenbedingungen für Tagungen und Messen von Industrie- und Dienstleistungsunternehmen. Vor allem aber ist der Tourismus ein Imagefaktor für das Land Brandenburg. Seine Schlösser, Gärten und einzigartigen Naturlandschaften können zusammen mit einem perfekten Service für unsere Besucher das beste Aushängeschild für unser Land sein.

Es gibt in Brandenburg noch große Spielräume für die Verbesserung der touristischen Infrastruktur, des Angebotes und der Qualität. Diese müssen genutzt werden, anstatt sie durch unnötige Regulierung und Verbote brachliegen zu lassen. Die FDP Brandenburg setzt sich dafür ein, die Förderung des Tourismusmarketings nicht weiter zu kürzen, sondern zu verstetigen, damit die bisher erfolgreichen Ansätze weitergeführt werden können.

Tourismus in Brandenburg muss ein individuelles Image entwickeln, das mit hohen Qualitätsstandards verbunden ist und als „Markenartikel“ wiedererkannt wird. Der Trend zu Tourismus in Deutschland – auch aufgrund verstärkter Sicherheitsbedenken bei Fernreisen – ist für Brandenburg eine Chance, die genutzt werden muss.

Die Tourismus-Wirtschaft in Brandenburg wird durch restriktive Ladenöffnungszeiten, eine unangemessen scharfe Sperrzeitenverordnung für die Außengastronomie, einen z. T. existenzbedrohenden Naturschutz und eine praxisferne, auf überbetriebliche Ausbildungsstätten fixierte Ausbildung behindert.

Die geplante konzentrierte Förderung besonders chancenreicher Tourismusgebiete darf nicht dazu führen, dass ohnehin strukturschwache Gebiete weiter zurückfallen. Eine Konzentration auf sechs bis sieben Reisegebiete in der deutschlandweiten Vermarktung ist aufgrund der Erfahrungen anderer Bundesländer sinnvoll. Allerdings brauchen auch die Regionen, die nach der Imageanalyse der TMB von 1999 als Reisegebiete weniger bekannt sind (z. B. Barnimer Land, Fläming, Dahme-Seengebiet und Elbe-Elster-Kreis), gezielte Hilfe in der Entwicklung eines Tourismus-Marketing.

Der Kulturtourismus gehört zu den Bereichen, in denen zielgruppengerechte Produkte entwickelt werden sollen. Viele kulturhistorische Highlights, so zum Beispiel der Spreewald im Süden oder das Kloster Chorin im Norden des Landes, bieten in Verbindung mit dem dichten Netz an Großschutzgebieten vielfältige Entwicklungsmöglichkeiten und stellen für einige Regionen das größte wirtschaftliche Potential dar. Die enge Verbindung zum Großraum Berlin schafft zudem ideale Voraussetzungen für einen umfangreichen Tagestourismus. Mit einer Kürzung der Projektförderung Kultur um 10 % wird das Angebot deutlich aber Attraktivität verlieren.

Die Brandenburger Naturschätze sind ein kostbares Gut. Ihr Schutz ist sicherzustellen. Er darf aber den sanften Tourismus nicht durch ein Verbot der Wegebeschilderung behindern. Die Leistungsträger müssen durch Hinweisschilder frühzeitig auf sich aufmerksam machen können. Gemeindegrenzen und unsinnige Einschränkungen dürfen dabei keine Hindernisse darstellen.

Beim Wassertourismus behindern zu viele Streckensperrungen die angemessene Nutzung der Brandenburger Gewässer, insbesondere für den führerscheinfreien Bootscharter. Ziel muss es sein, das Streckensystem so zu erweitern, dass Berlin ohne Bootsführerschein umrundet werden kann. Langfristig müssen auch Spree und Havel für den Bootstourismus uneingeschränkt genutzt werden können.

Die FDP Brandenburg will eine umfassende Deregulierungs-Initiative starten. Dies umfasst z.B. die Ladenöffnungszeiten in Fremdenverkehrs- und Erholungsorten. Die sog. „Bäderregelung“ in anderen Bundesländern kann dabei ein Vorbild sein. Dies umfasst auch die Entschärfung der Sperrzeitenverordnung für die Außengastronomie und eine Entbürokratisierung von Bau- und Genehmigungsverfahren.

Die betriebliche Ausbildung in Tourismusbetrieben muss verbessert werden. Das Land setzt zu stark auf überbetriebliche Ausbildungsstätten, so dass die praxisnahe betriebliche Ausbildung auf der Strecke bleibt.

Der Tagesreisenden-Tourismus aus Berlin verdient angesichts von 100 Mio. Ausflugsdagen mehr Beachtung. Tagesreisen aus Berlin bringen 1,5 Mrd. Euro Umsatz und sind weniger saisonabhängig als Besucher aus anderen Regionen.

Der Tourismusverband des Landes Brandenburg (LTV) muss in seinen Funktionen und Aufgaben mit denen der Tourismus Marketing Brandenburg abgeglichen und neu strukturiert werden. Doppelzuständigkeiten sind zu entflechten.

Die FDP Brandenburg setzt auf Ideenbörsen zwischen Verwaltung, Wirtschaft, Vereinen und Kommunalpolitikern. Angebote der Gemeinden müssen besser vernetzt und ausgeschildert werden.

Bei künftigen Bauvorhaben an Gewässern sowie Grundstücksverkäufen und Neuverpachtungen ist das öffentliche Wegerecht festzuschreiben. Zur regionalen Kooperation gehört auch eine bessere Zusammenarbeit mit unseren polnischen Nachbarn. In Kooperation mit den polnischen Woiwodschaften muss ein Konzept für mehrsprachige Beschilderung erarbeitet und mehrsprachiges touristisches Werbematerial entwickelt werden.

(3) Bauen, Wohnen und Verkehr

Bauen und Wohnen

In der Bau- und Wohnungswirtschaft besteht enormer Handlungsbedarf. Nur marktwirtschaftliche Lösungen, die die Steuer- und Abgabenbelas-

stungen senken, weniger regulieren und mehr Freiräume schaffen, führen zu den notwendigen Veränderungen. Dabei ist das Bauordnungsverfahren deutlich zu vereinfachen; nicht-hoheitliche Verfahren sind zu privatisieren.

Die Eigentumsbildung im Wohnungsbau schafft stärkere Identifikation und Verantwortungsbewusstsein und ist weiterhin zu fördern.

Die Gestaltung, Sanierung und Bebauung innerstädtischer Quartiere steht dabei im Vordergrund liberaler Baupolitik.

Der notwendige Rückbau im Geschosswohnungsbau ist auf der Grundlage klarer Konzepte der kommunalen Stadtentwicklung konsequent durchzuführen. Dabei muss die haustechnische Versorgungsstruktur berücksichtigt werden, um eine ausgewogene weitere wirtschaftliche Nutzung der Systeme zu gewährleisten. Bei Planung, Finanzierung und Realisierung dieser Maßnahmen ist das Verursacherprinzip maßgeblich. Da die wirtschaftliche Kooperation der Grenzregion ein wesentliches Element der Ostintegration ist, müssen auch deutsche und polnische Programme zur räumlichen Entwicklung aufeinander abgestimmt werden. Brandenburg muss als unmittelbar betroffenes Bundesland ermächtigt werden, eine deutsch-polnische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumordnung eigenständig gestalten zu können.

Mobilität für Brandenburg

Mobilität ist ein Grundanliegen mündiger Bürger in unserer Gesellschaft. Wir wollen deshalb das Potenzial aller Verkehrsträger marktgerecht weiterentwickeln und damit optimale Verkehrsverhältnisse schaffen, statt durch politisch motivierte Restriktionen dem Bürger ein bestimmtes Verkehrsverhalten aufzuzwingen. Ein Quasi-Monopol und die Fördermentalität im Bahnregional- und Bahngüterverkehr, die Verhinderung von Wettbewerb im Öffentlichen Personennahverkehr und fortgesetzte Verzögerungen beim Bau des Flughafens „Berlin-Brandenburg International“ sind Ausdruck einer falschen Verkehrspolitik.

Die FDP Brandenburg setzt sich deshalb für einen grundlegenden Wandel in der Verkehrspolitik Brandenburgs ein. Brandenburg muss seinen Gestaltungsspielraum nutzen. Die Schaffung einer zukunftsfähigen Infrastruktur eröffnet Perspektiven für eine attraktive und leistungsstarke Region Berlin-Brandenburg. Vor diesem Hintergrund treten wir für ein

modernes, integriertes Verkehrskonzept ein, das zukunftssicher eine bürger- und bedarfsgerechte Mobilität ermöglicht, die konkreten Bedingungen der Bevölkerungsentwicklung in Brandenburg berücksichtigt und im Zuge der EU-Osterweiterung das Land in die transeuropäischen Netze (TEN) der Autobahn- und Eisenbahntrassen einbindet.

Dieses Ziel wollen wir zum einen durch die Förderung von Wettbewerb erreichen. Es muss im Verkehrssektor eine weitere Marktliberalisierung und Privatisierung von Leistungsanbietern geben. Zum anderen betrachten wir bedarfsgerechte Infrastrukturmaßnahmen als Investitionen in die Zukunft unseres Landes.

Gemeinsam planen – Verkehrswege vernetzen

Die Verkehrsinfrastruktur in den Grenzregionen auf beiden Seiten der Oder (Strasse, Schiene, Wasser, Luft) muss dringend ausgebaut werden. Ohne ein breit vernetztes Verkehrswegesystem, das zusätzliche Brücken über die Oder einschließt, kann sich die Wirtschaft nicht genügend entfalten. Die FDP Brandenburg fordert ein Pilotprojekt zur Entwicklung eines grenzüberschreitenden öffentlichen Personen-Nahverkehrs, das aus den Mitteln des EU-Fonds INTERREG III A gefördert werden sollte.

Bahnregionalverkehr

Wir lehnen es ab, dass vom Land Brandenburg die Konzessionen für den regionalen Personenverkehr fast ausschließlich an die Deutsche Bahn AG vergeben werden. Dies geschieht zu Lasten der Steuerzahler, und es benachteiligt leistungsfähige Wettbewerber wie Connex und Prignitzer Eisenbahn.

Die FDP Brandenburg setzt sich dafür ein, dass Leistungen des regionalen Bahnverkehrs prinzipiell und regelmäßig ausgeschrieben werden. Wer das beste Verkehrsangebot unterbreitet und dies auch umsetzen kann, muss auf der Schiene Verkehrsleistungen erbringen dürfen.

Nur so wird der notwendige Innovations- und Leistungswettbewerb ausgelöst, der das Bahnfahren attraktiver macht.

Förderung des kommunalen Straßenbaus

Die Straßen in den Gemeinden des Landes Brandenburg befinden sich zu einem beträchtlichen Teil in sehr schlechtem Zustand. Dieser Umstand ist ein Nachteil im Wettbewerb der Regionen und auch ein Ärgernis für die Bürger.

Die Brandenburger Kommunen können wegen mangelnder Finanzkraft den Gemeindeanteil für den Straßenbau nicht aufbringen. Deshalb können Fördergelder nicht abgerufen und dringende Baumaßnahmen nicht umgesetzt werden. Die Kommunen brauchen dringend Alternativen bei der Finanzierung und Durchführung von Straßenbauprojekten mit dem Ziel, investitions- und beschäftigungswirksame Effekte zu erzielen.

Dabei gilt grundsätzlich das Prinzip: Wer bezahlt, muss auch mitentscheiden dürfen. Behindernde, investitionshemmende und kostentreibende Vorschriften und Standards zum Straßenbau in den Gemeinden sind abzubauen.

Wichtig bleiben z. B. Änderungen im Kommunalabgabengesetz, die den Gemeinden mehr Eigenständigkeit bringen.

Öffentlicher Personennahverkehr, Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg

Der Öffentliche Personennahverkehr in Brandenburg kann nur dann erfolgreicher wirtschaften, wenn Verbesserungspotenziale bei Kosten und Qualität durch Ausschreibungen von Verkehrsleistungen genutzt werden. Kommunale Verkehrsunternehmen sollen privatisiert werden, um im Wettbewerb besser bestehen zu können.

Die Einhaltung gegenseitiger finanzieller bzw. struktureller Verpflichtungen im Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg muss die Prämisse in einer sich vielfältig entwickelnden Region sein.

Wir fordern:

- eine zeitnahe diskriminierungsfreie Ausschreibung aller Strecken,
- die Festlegung und Kontrolle von Mindeststandards für die Qualität der Leistung,
- eine dem realen Bedarf zugrunde liegende Bestellung von Nahverkehrsleistungen durch die Länder, sowie

- eine Vereinfachung des Tarifsystems.

Flugverkehr

Eine moderne Luftverkehrsinfrastruktur fördert nicht nur die Mobilität der Bürger, sondern sie ist in einer Zeit, in der weltweite Lieferbeziehungen immer wichtiger werden, eine unverzichtbare Voraussetzung für die Gewinnung von Investoren und den lang ersehnten wirtschaftlichen Aufschwung in Brandenburg. Dass leistungsfähige Luftverkehrsverbindungen ein entscheidender Standortvorteil sind, zeigen die Beispiele Frankfurt/Main, München und vor allem Leipzig.

Durch eine Reihe von politischen und planerischen Pannen bei der Umsetzung des Flughafenprojektes „Berlin-Brandenburg International“ (BBI) wurde jedoch wertvolle Zeit im Wettstreit der Regionen verschenkt. Auch in Brandenburg gilt: Investitionen in die Luftverkehrsinfrastruktur sind gut angelegtes Geld, denn internationale Verkehrsflughäfen tragen im Gegensatz zu anderen Verkehrseinrichtungen ihre Betriebs- und Kapitalkosten selbst.

Anstatt also knapper werdende Fördergelder erfolglos in einzelnen Prestigeprojekten zu vergeuden, muss durch den schnellstmöglichen Bau eines modernen und leistungsfähigen Flughafens BBI die Grundlage für erfolgreiche Unternehmensansiedlungen in Brandenburg geschaffen werden. Diesem Projekt ist deshalb der Vorrang vor allen anderen Verkehrsinfrastruktur-Investitionen in Brandenburg einzuräumen.

Private Unternehmen müssen durch Konzessionsvergabe jedoch stärker in den Bau und den Betrieb des Flughafens einbezogen werden, um durch Wettbewerb die Effizienz zu steigern.

Der Ausbau der Luftverkehrsverbindungen zwischen Berlin-Brandenburg und den Städten und Regionen der östlichen Beitrittsländer birgt weitere Chancen der Wirtschaftskooperation. Initiativen, wie beispielsweise der Ausbau des Flughafens Berlin-Neuhardenberg, werden von der FDP Brandenburg unterstützt.

Güterverkehr

Es ist das verkehrspolitische Ziel der FDP Brandenburg, auch beim Güterverkehr die spezifischen Vorteile der Verkehrsträger Straße, Schie-

ne und Binnenschiff optimal zu nutzen. Das Potenzial, mehr Verkehr von der Straße auf die Schiene zu lenken, ist wegen der sehr eingeschränkten Möglichkeiten des Schienenverkehrs zur effektiven Verteilung von Gütern im Flächenland Brandenburg, sowie des geringen Aufkommens geeigneter Transporte sehr begrenzt. Eine flächendeckende Güterversorgung ist in Brandenburg lediglich mit dem LKW möglich.

Nur eine konsequente Umsetzung des Wettbewerbsgedankens auch beim Schienengüterverkehr bzw. dem kombinierten Verkehr kann den Verkehrsträger Schiene in begrenztem Umfang fördern. Die notwendige Infrastruktur für die Weiterentwicklung kombinierter Verkehre, z. B. Container-Verladebrücken, ist rund um Berlin verfügbar. Sie wird derzeit noch nicht optimal genutzt. Ein weiterer Aufschwung in den Güterverkehrszentren Großbeeren, Wustermark und Freienbrink könnte erzielt werden, wenn der Wettbewerb im Schienengüterverkehr eine größere Flexibilität der Anbieter von Schienenverkehrsleistungen und kostengünstigere Angebote ermöglichen würde. Über innerdeutsche Verbindungen hinaus wollen wir eine an der wirtschaftlichen Entwicklung orientierte Güterverkehrsverbindung auf der Schiene von Berlin und Freienbrink über Poznan nach Warszawa (Weiterentwicklung der Strecke Berlin – Kostrzyn).

Die FDP Brandenburg tritt dafür ein, weitere finanzielle Belastungen für die Güterkraftverkehrsbranche in Brandenburg unter allen Umständen zu verhindern, denn diese ist bereits starker Konkurrenz aus Osteuropa ausgesetzt. Vielmehr ist eine grenzübergreifende Vereinheitlichung der Rahmenbedingungen im Güterkraftverkehr anzustreben.

Wasserstraßen

Die Alternativen zum Wasserstraßenausbau der Havel zum Berliner Westhafen müssen stärker berücksichtigt werden.

Der Freizeitwert der Wasserstraßen sollte weiter gefördert werden.

(4) Ländlicher Raum, Land- und Forstwirtschaft, Umweltschutz und Erhaltung der Kulturlandschaft

Die Land- und Forstwirtschaft in Brandenburg erfüllt eine wesentliche Aufgabe für die Gesellschaft. Die landwirtschaftlichen Betriebe haben bei der Umstrukturierung großen Mut bewiesen und sind heute oftmals der größte Arbeitgeber im ländlichen Raum.

Neben der traditionellen Aufgabe der Erzeugung von Nahrungsmitteln kommt der Pflege und der Offenhaltung unserer Kulturlandschaft eine immer größer werdende Bedeutung zu. Die Land- und Forstwirtschaft ist, unabhängig von der gewählten Betriebs- und Rechtsform, ein wichtiger Wirtschaftsfaktor im ländlichen Raum. Er ist eng mit anderen Bereichen der brandenburgischen Wirtschaft, vor allem mit den touristisch ausgerichteten Gewerbebezügen, verflochten. Deshalb muss gerade in einem Flächenland wie Brandenburg mit einer geringen und regional unterschiedlichen Bevölkerungsstruktur der ländliche Raum gestärkt werden, um seine Attraktivität als Wirtschaftsstandort und Wohnort zu steigern.

Die Landwirtschaft soll nicht nur qualitativ hochwertige und vielfältige Nahrungsmittel zu vertretbaren Preisen liefern, sondern auch die Flächen umwelt- und ressourcenschonend bewirtschaften und die Anforderungen einer artgerechten Tierhaltung berücksichtigen. Sowohl den konventionell als auch den nach den verschiedenen ökologischen Standards wirtschaftenden Betrieben kommt eine gleichberechtigte Funktion zu.

Für die Verbraucher sind hinsichtlich der Erzeugungsprozesse und der Erzeugnisse Transparenz, Nachvollziehbarkeit und Wahlfreiheit von großer Bedeutung. Gleichzeitig muss sich die Landwirtschaft in Brandenburg einem zunehmenden Wettbewerbsdruck stellen, der sich aus den Anforderungen des gemeinsamen europäischen Marktes, den Herausforderungen der EU-Osterweiterung und der Liberalisierung der Weltgarmärkte ergibt.

Leitbild der FDP Brandenburg ist einerseits eine sich unternehmerisch, an den Erfordernissen des Marktes, insbesondere den Anforderungen der Endverbraucher orientierende, und andererseits eine sich nach den Grundsätzen der Nachhaltigkeit ausrichtende Land- und Forstwirtschaft.

Dabei unterstützt die FDP Brandenburg die Eigenverantwortung der landwirtschaftlichen Unternehmer und spricht sich dafür aus, die Regeldichte abzubauen, ohne dass damit die zur Erfüllung der Anforderungen an die Land- und Forstwirtschaft erforderlichen Standards vernachlässigt werden.

Ziel der FDP Brandenburg ist es, sich sowohl auf der Ebene des Landes, als auch – über den Bundesrat – auf der Bundesebene und der EU-Ebene für die Ausgestaltung möglichst vieler Vorschriften – sowohl der bestehenden, als auch der künftigen – als Rahmenvorschriften einzusetzen, so dass der Entscheidungsspielraum der Landwirte hinsichtlich der Erzeugung gestärkt wird. Dies erhöht gleichzeitig auch die Gestaltungsmöglichkeiten der für den Vollzug der Vorschriften zuständigen Behörden des Landes und trägt zur Regionalisierung der an den Standort gebundenen land- und forstwirtschaftlichen Bewirtschaftungsentscheidungen bei.

Die Landwirte haben ein Recht darauf, dass ihnen die Leistungen, die die Gesellschaft von ihnen einfordert, die aber am Markt nicht oder nur unvollständig honoriert werden (Erhaltung der Kulturlandschaft, insbesondere Natur und Artenschutz, Förderung des Landschaftswasserhaushaltes), ausgeglichen werden. Eine Fortführung der bisherigen Subventionierung der Produktion, die ohne einen realen Bezug zum Markt erfolgt, macht dabei keinen Sinn. Die notwendige Unterstützung der Landwirtschaft muss so umgestellt werden, dass die Landwirte für ihre Leistungen zur Erhaltung der Kulturlandschaft eine produktionsunabhängige, auf die bewirtschaftete Fläche bezogene Prämie erhalten. Für die FDP Brandenburg geht daher der nach den Beschlüssen zur Reform der europäischen Agrarpolitik vom Sommer 2003 eingeschlagene Weg der Entkopplung der landwirtschaftlichen Direktzahlungen von der Produktion in die richtige Richtung. Die Ausgestaltung der Direktzahlungen als flächenbezogene Prämien muss – ohne Diskriminierung der Produktionsweisen – konsequent durchgeführt werden; dabei ist auf die Wirtschaftsbedingungen besonderer Betriebszweige wie der Weidetierwirtschaft, insbesondere der Schäferei, ausreichend Rücksicht zu nehmen.

Die FDP Brandenburg fordert, die vom Gemeinschaftsrecht vorgesehenen Gestaltungsspielräume der Mitgliedstaaten für eine regionale Ausgestaltung zu nutzen, so dass die regionalen Strukturen angemessen berücksichtigt werden. Die FDP Brandenburg tritt deshalb dafür ein, seitens des Bundes den Ländern bei der Umsetzung und Durchführung des

Gemeinschaftsrechts eine größtmögliche eigenverantwortliche Entscheidungsbefugnis einzuräumen, um im Interesse einer Stärkung der ländlichen Räume tätig werden zu können.

Landwirtschaft und Naturschutz

Land- und Forstwirtschaft sowie Naturschutz sind untrennbar mit einander verbunden. Ohne die Bewirtschaftung des ländlichen Raumes durch die Land- und Forstwirte kann die heute vorhandene Kulturlandschaft, die wesentlich das Erscheinungsbild von Natur und Landschaft in Brandenburg prägt, nicht erhalten werden. Land- und Forstwirtschaft und die in ihr beschäftigten Menschen sind daher für den Schutz von Natur und Landschaft unverzichtbar. Dem muss die Politik Rechnung tragen. Eine Naturschutzpolitik, die sich gegen fundamentale Belange der Land- und Forstwirtschaft richtet, schadet unserem Land.

Leitbild der FDP Brandenburg ist deshalb ein gemeinsames und einvernehmliches Handeln von Naturschutz und Landnutzern. Daher ist auch, wo möglich, dem vertraglichen Naturschutz eindeutig der Vorrang vor einseitigem Verwaltungshandeln zu geben. Gerade im Rahmen vertraglicher Vereinbarungen ist es möglich, Anforderungen für den Erhalt von Natur und Landschaft aufzustellen, die von den Betroffenen angenommen werden, weil ihnen ein fairer Ausgleich geboten wird. Auch eröffnet ein solches Vorgehen Chancen für den Abbau von Bürokratie, da bei freiwillig eingegangenen Verpflichtungen auf eine zwangsweise Durchsetzung der Regelungen zum Schutz von Natur und Landschaft verzichtet werden kann.

Natur- und Landschaftsschutz kostet Geld. Dieses Geld kann nicht allein durch Steuergelder aufgebracht werden. Erforderlich sind vielmehr alternative Finanzierungsmodelle. Nach den Vorstellungen der FDP Brandenburg kann ein Ansatz darin gefunden werden, dass, entsprechend dem Verursacherprinzip, derjenige, der für einen Eingriff in Natur und Landschaft verantwortlich ist (z. B. Bauvorhaben) nicht nur – wie bisher – verpflichtet wird, vorrangig den Eingriff durch Ersatzmaßnahmen am oder im Zusammenhang mit dem Ort des Eingriffs zu kompensieren. Vielmehr ist es angezeigt, dem Eingreifenden zu ermöglichen, wahlweise – und damit gleichrangig zu den Ersatzmaßnahmen – Ersatzzahlungen vorzunehmen (vergleichbar mit der Ablösung von Stellplätzen). Die Ersatzgelder sind zweckgebunden für Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes,

in erster Linie im Rahmen des vertraglichen Naturschutzes, zu verwenden. Dies kann dadurch abgesichert werden, dass die Ersatzzahlungen an eine Stiftung des öffentlichen Rechts fließen, an deren Verwaltung nicht nur der „Naturschutz“, sondern darüber hinaus alle Land- und Naturnutzergruppen beteiligt werden (Naturschutzfonds des Landes).

Für die Zukunft muss zudem erreicht werden, dass den Landnutzern in den Schutzgebieten keine über die Sozialpflichtigkeit des Eigentums hinausgehenden Bewirtschaftungsbeschränkungen auferlegt werden, solange diese nicht mit einem geeigneten Ausgleich einhergehen. In den Großschutzgebieten des Landes müssen die Zonierungen so gewählt werden, dass daraus keine unzumutbaren Entwicklungshemmnisse für die Regionalentwicklung erfolgen. Totalreservatsflächen dürfen nur dort entstehen, wo zuvor die eigentumsrechtlichen Fragen gelöst worden konnten. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Regionen in geeigneter Weise in die Entscheidungen der Schutzgebietsverwaltungen eingebunden werden. Dabei sind Stiftungen eine Möglichkeit der regionalen Einbindung und isoliert agierenden Fördervereinen vorzuziehen.

Land- und Forstwirtschaft und Verwaltung

Staatliche Verwaltung erfüllt keinen Selbstzweck, sondern geschieht nach liberalem Verständnis stets im Interesse der betroffenen Menschen. Für die FDP Brandenburg bedeutet dies, die Selbstverwaltung als Ausdruck eigenverantwortlicher Aufgabenerfüllung überall zu stärken, soweit dies nicht unmittelbar mit den Belangen Dritter kollidiert. Nicht nur Handel, Gewerbe und Handwerk sollten ein Recht auf eigenverantwortliche Wahrnehmung ihrer Interessen durch selbstverwaltete Kammern haben. Auch der Land- und Forstwirtschaft ist dies zuzubilligen. Die FDP Brandenburg setzt sich daher dafür ein, dass nach dem Vorbild anderer Bundesländer eine Landwirtschaftskammer als selbstverwaltete Körperschaft des öffentlichen Rechts eingerichtet wird. Dieser Kammer sind soweit möglich die im Zusammenhang mit der Landwirtschaft stehenden Verwaltungsaufgaben des Landes sowie die gemeinschafts-rechtlich vorgeschriebene Beratung der Land- und Forstwirte zu übertragen.

Für die Forstwirtschaft des Landes ist zukünftig sicherzustellen, dass eine effiziente Bewirtschaftung der Landeswälder kostendeckend durch die geeignete Betriebsform erreicht werden kann. Diesbezüglich ist die Eigenverantwortlichkeit der Bewirtschafter auch im Staatswald zu stär-

ken. Eine moderne Forstwirtschaft muss sich als Dienstleister der Gesellschaft verstehen, bei der die verschiedenen Eigentumsformen der Wälder gleichberechtigt nebeneinander existieren.

Naturschutz und Tourismus

Brandenburg ist reich an einer extrem naturnahen Landschaftsausgestaltung. Insbesondere die enge Verzahnung großer und kleiner Wasserflächen mit vielfältig strukturierten Wäldern bei Unterbrechung mit landwirtschaftlich geprägten Grundmoränenlandschaften bieten ideale Voraussetzungen für die Weiterentwicklung eines naturverträglichen Erlebnistourismus.

Für die FDP Brandenburg wird es daher künftig darauf ankommen, dass die vorhandenen Naturlandschaften im Rahmen der touristischen Erschließung konsequent genutzt werden. Insbesondere die Verwaltungen der Großschutzgebiete müssen diesbezüglich ihrer Verantwortung für die Regionalentwicklung verstärkt nachkommen und sich als Dienstleister einer umfassenden Regionalentwicklung verstehen.

(5) Bildung, Schule, Berufliche Bildung

Bildung bringt Brandenburg voran

Brandenburgs Schüler haben in Vergleichstests wie PISA und IGLU schlecht abgeschnitten. Die Ergebnisse brandenburgischer Schulpolitik liegen unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Handwerksmeister wie Hochschullehrer klagen darüber, dass viele Jugendliche nach Abschluss der Schule nicht ausbildungs- oder studierfähig sind. Das darf so nicht bleiben. Unsere Kinder sind nicht weniger begabt als in anderen Ländern, aber sie sind Opfer einer schlechten Bildungspolitik im Land Brandenburg. Die FDP wird dies ändern.

Bildung ist Bürgerrecht. Ihre Vermittlung ist eine der wichtigsten Aufgaben unserer Gesellschaft. Bildungspolitik muss das Erlernen breiten All-

gemeinwissens in Verbindung mit fachlichem Können und sozialer Kompetenz sicherstellen. Sozialkompetenz muss durch die Einbringung in die Lehrpläne zum Leben erweckt werden. Dies bedeutet, die folgenden fünf Elemente im Fähigkeitenkanon zu verankern: Teamfähigkeit, Wettbewerbsorientierung, Lösungsbezogenheit, Leistungsbejahung und Praxisnähe.

Bildung ist ein wesentlicher Standortfaktor für unser Land und damit Grundlage für die nationale und internationale Wettbewerbsfähigkeit.

Liberaler Bildungspolitik bedeutet konsequentes Eintreten für Freiheit, Selbständigkeit und hohe Qualität unserer Schulen und Bildungseinrichtungen. Wir brauchen keine endlosen Schulstrukturdebatten, sondern eine gesicherte Qualität der Bildung an unseren Schulen.

Bildung ist ohne Erziehung nicht möglich. Die Grundlagen werden im Elternhaus gelegt. Das Erziehungsrecht, aber auch die Erziehungspflicht liegt zuerst bei den Eltern. Hier müssen Werte vermittelt und unsere Kinder auf die Schule vorbereitet werden.

Die Sicherung grundlegender Bildungsstandards in Brandenburg braucht eine konsequente Erhöhung der zu unterrichtenden Stunden je Stundentafel oberhalb des durchschnittlichen Niveaus aller Bundesländer. PISA hat gezeigt, dass unsere Kinder weniger Unterricht erhalten als die der erfolgreichen PISA-Bundesländer. Das gilt besonders für die Grundschule.

Für ein flächendeckendes und differenziertes Schulsystem

In den nächsten Jahren sind viele Schulen im Land Brandenburg in Gefahr. Die geringere Kinderzahl führt dazu, dass in vielen Gemeinden die vom Land vorgeschriebene Schülerzahl nicht erreicht wird.

Wir wollen deshalb den regionalen Besonderheiten durch ein Schulsystem Rechnung tragen, das den standortgerechten Entscheidungen der Schulträger breiten Raum lässt. Entscheidungen müssen in den Kommunen fallen, nicht zentralstaatlich und weit weg in Potsdam. Es muss möglich sein, verschiedene Schulformen im Land zu realisieren, die den Gegebenheiten vor Ort, insbesondere in dünn besiedelten Gebieten, entsprechen.

Die FDP Brandenburg setzt sich für ein Schülerticket ein, mit dem alle Schüler Brandenburgs eine verbilligte Zugangsmöglichkeit zum öffentlichen Personennahverkehr erhalten.

Das gegliederte Schulsystem darf nicht durch Gesamtschulen ersetzt werden.

Die FDP Brandenburg setzt sich für die Förderung des Wettbewerbs der Bildungseinrichtungen ein. Sie fordert Vergleichsmöglichkeiten für Eltern und Schüler über die Schwerpunkte der Schulen, die Qualität und den Umfang des Unterrichtes durch Bewertung (Ranking) und Erhebung des Unterrichtsausfalls.

Zum Wettbewerb gehört Autonomie. Die FDP Brandenburg setzt sich dafür ein, dass die Hoheit für das Lehrpersonal auf die Schulen übertragen wird. Dies bedeutet, dass die einzelne Schule bzw. ihr Träger die Lehrkräfte anwirbt, beschäftigt, leistungsgerecht bezahlt und gegebenenfalls entlässt. Insoweit sind Lehrer dann keine Landesbeamten mehr, sondern Angestellte des Schulträgers. Die Landesschulverwaltung kann sich dann auf die Kontrolle der Qualität konzentrieren. Eine derartige Organisation entspricht besser dem Subsidiaritätsprinzip als eine zentralisierte Lehrerverwaltung. Schulen sollen ihre Mittel selbst verwalten und über ihr Budget eigenverantwortlich verfügen; dadurch können sie selbst über Einsparungen entscheiden. Eingesparte Mittel müssen aber der Schule zur Verfügung stehen und dürfen nicht in den Landeshaushalt zurückfließen.

Für flexible Bildungsgänge

Aufgabe der Bildungspolitik ist es, jungen Menschen frühzeitig bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu helfen und sie zu fördern. Sie muss ihren individuellen Ansprüchen auf Bildung gerecht werden, ihnen aber auch den nötigen Freiraum gewähren.

Bildung beginnt bereits im Kleinkindalter. Kinder wollen lernen, und ihre Neugier ist in dieser Phase besonders ausgeprägt. Deshalb ist es falsch, Kinder vor Bildung „schützen“ zu wollen. Man muss die Bildung altersgemäß vermitteln.

Diese ersten Bildungserfahrungen machen Kinder in Kindertagesstätten, aber auch bei Tagesmüttern oder in Kleinkindgruppen. Dort, wo auf

Grund der demographischen Entwicklung Kindertagesstätten durch die Gemeinden nicht mehr finanzierbar sind, müssen andere Formen der frühkindlichen Erziehung ohne qualitative Einschränkungen genutzt werden. Tagesmütter oder Leiter von Kleinkindgruppen müssen besser qualifiziert werden. Auch die Erzieherinnen in Kindertagesstätten brauchen aufgrund ihrer wichtigen Funktion eine gute Aus- und ständige Weiterbildung.

Die FDP Brandenburg schlägt vor, ab dem 5. Lebensjahr kostenfreie vorschulische Bildung anzubieten, die an die Grundschulen angegliedert wird. Vorschulische Bildung leistet einen unterstützenden Beitrag bei der Erziehung der Kinder und vermittelt die für ein verantwortliches Zusammenleben grundlegenden Werte. Die Vorschulbildung beinhaltet gezielte Spracherziehung, Vorbereitung auf konzentriertes Arbeiten und Suchtprävention durch Stärkung der Kinder, sowie Stressbewältigung mittels gezielter Bewegungsförderung.

Eltern haben das Recht der freien Wahl der Bildungseinrichtung für ihre Kinder. Schuleinzugsbezirke sind abzuschaffen.

Vor der Einschulung müssen durch Gespräche Erkenntnisse über Lernschwächen und Hochbegabungen, vor allem aber über die Sprachentwicklung gewonnen werden. Kinder, die der deutschen Sprache nicht ausreichend mächtig sind, dürfen nicht eingeschult werden, sondern müssen Förderunterricht erhalten.

Die Grundschule – Grundlegende Bildung

Die wohnortnahe Grundschule muss Priorität behalten.

Eine Strukturreform des Brandenburgischen Bildungssystems soll es ermöglichen, in vielen Gemeinden Grundschulen als verlässliche Halbtagschulen zu erhalten. Mit der Angliederung eines Vorschulangebots kann zum Erhalt kleiner Grundschulen im ländlichen Raum beigetragen werden. Sie können zu angebotsoffenen Ganztagschulen entwickelt werden.

Die Grundschule knüpft mit ihrem Bildungsauftrag an die vorschulische Bildungsarbeit an. Sie hat die Aufgabe solide Grundkenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten zu entwickeln. Im Vordergrund stehen dabei die Lesefähigkeit, die mündliche wie schriftliche Ausdrucksfähigkeit, die

Anwendung grundlegender Rechenoperationen, grundlegende grob- und feinmotorische Fähigkeiten, sowie die Entwicklung der Denkfähigkeit, des Verstehens und gedanklicher Verknüpfungen.

Die FDP Brandenburg will aussagekräftige Zensuren ab der 1. Klasse und Kopfnoten für Betragen, Ordnung und Fleiß.

Weiterführende Schulen – Für ein flächendeckendes und differenziertes Schulsystem

Als Voraussetzung des flexiblen Schulsystems muss die Differenzierung am Ende der 4. Grundschulklasse erfolgen. Die Mittelstufe muss als leistungsbezogener, aber durchlässiger grundlegender Lernabschnitt gestaltet werden. Die von der SPD favorisierte Sekundarschule wird als Verwischung der Schulformen und damit der Lernwege abgelehnt.

Die weiterführenden Schulformen unterscheiden sich im Stoffangebot, der Stundentafel und der Lernintensität. Jede weiterführende Schule muss jedoch die Durchlässigkeit zu anderen Schulformen gewährleisten, indem den Lernenden qualifizierte Aufstiegskurse oder -förderung angeboten werden. Um die Infrastruktur- und Verwaltungskosten zu senken, können an einem Standort Organisationseinheiten durch Kooperation verschiedener Schulformen als gleichberechtigte Partner geschaffen werden.

Die Realschule

Diese Schulform hat sich in den letzten Jahren bewährt. Die Fachoberschulreife oder die erweiterte Berufsbildungsreife wird in der Regel nach sechs Schuljahren in dieser Schulform erreicht.

Das Gymnasium

Die allgemeine Hochschulreife (Abitur) wird an dieser Schulform für leistungsstarke Lernende angeboten. Das Abitur wird in der Regel nach acht gymnasialen Schuljahren abgelegt.

Die Duale Oberschule

Diese Schulform bereitet auf praxisorientierte Berufe in Handwerk, Gewerbe und Sozialwesen, in Technik, Wirtschaft und Verwaltung vor.

Mit der Einführung der Dualen Oberschule an Stelle der Gesamtschulen setzt sich die FDP Brandenburg für eine solide Voraussetzung der dualen beruflichen Bildung ein. An dieser Schulform können die Lernenden in Abhängigkeit von ihren individuellen Fähigkeiten und Wünschen die Fachoberschulreife, die erweiterte Berufsbildungsreife oder die einfache Berufsbildungsreife erwerben.

Diese neue Schulform ist zukunftsweisend und vereint allgemeine und praktische Bildung. Zielgerichtete praktische Bildung eröffnet Lernenden eine Chance, ihre Fähigkeiten zu erkennen und zu nutzen. Eine fachliche Kooperation zwischen Dualer Oberschule und Oberstufenzentren bietet eine qualitative Absicherung des praxisorientierten Unterrichtes; sie bietet zugleich Chancen für den Erhalt eines engmaschigeren Netzes an Schulstandorten.

Die Duale Oberschule beschreitet konsequent den Weg der Verbindung von praktischem und theoretischem Lernen. Sie wendet sich vor allem an jene, die hauptsächlich über eine berufliche Ausbildung ihre Chance suchen, um ihre Zukunft zu gestalten.

Oberstufe

Die allgemeine Hochschulreife (Abitur) muss in höchstens 12 Schuljahren erreichbar sein. Die Oberstufe bietet in Form der Kollegstufe sowohl die Berufsvorbereitungsjahre als die Fachoberschulreife, als auch die Abschlüsse der Fachhochschulreife.

Berufliche Bildung – Für eine mittelstandsgerechte, europaweit anerkannte Berufsausbildung

Die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Bereich innovativer Produktion und Dienstleistung ist eng mit einem leistungsfähigen Schulsystem verbunden. Zu große Einzugsbereiche der Schulen werden sich hemmend auf die ohnehin schwache wirtschaftliche Entwicklung des Landes Brandenburg auswirken. Die von der FDP Brandenburg vorgesehene Duale Oberschule eröffnet hier Wege, die genannten Ziele gemeinsam erreichen zu können.

Die FDP Brandenburg ist konsequent gegen eine Ausbildungsplatzabgabe. Sie setzt stattdessen auf eine gezielte Förderung der Ausbildung im

Betrieb. Das bedeutet die Einführung doppelqualifizierender Bildungsgänge und den Aufbau einer modularen Ausbildung, d.h. das Erlernen eines Basisberufes mit anschließender Spezialbildung nach den Erfordernissen des Betriebes.

Private Bildungseinrichtungen – Gleiche Chancen für freie Schulen

Der Wettbewerb um Standorte wird national und international immer stärker. Hier können wir nur mithalten, wenn wir einen fairen Wettbewerb zwischen allen Bildungseinrichtungen zulassen. Deswegen darf auch der Wettbewerb zwischen staatlichen Schulen und Schulen in freier Trägerschaft nicht eingeschränkt werden. Vielmehr soll das gegliederte Schulsystem durch private Schulträger ergänzt werden, die besonders geeignet sind, das Bildungsangebot durch eigenständige Profile zu erweitern. Dazu erhalten sie verbesserte Zulassungsbedingungen und werden bei der Ausstattung den staatlichen Schulen gleichgestellt.

Für eine chancenwahrende Integration behinderter Kinder

Die Integration behinderter Menschen ist für die FDP Brandenburg ein unbedingtes Gebot. In einer liberalen Gesellschaft müssen auch diejenigen eine Chance haben, die durch körperliche oder geistige Behinderungen mehr Hilfe und Zuwendung brauchen.

Für eine gelungene Integration sind flankierende Sozialarbeit und die Erhöhung der Stundenzuweisung für sonderpädagogische Betreuung und Beratung eine wichtige Voraussetzung. Die räumlichen, personellen und sachlichen Bedingungen für sonderpädagogisch begleitetes Lernen sind dem tatsächlichen Bedarf vor Ort anzupassen.

Bei integrativer Beschulung muss angestrebt werden, dass gemeinsame Fortbildungen von Sonderschullehrern, Grundschullehrern und Sekundarstufe-I-Lehrern verpflichtend eingeführt werden.

Wenn differenzierte Beschulung Behinderter geboten ist, ist die Durchlässigkeit zu integrierter Beschulung anzustreben. Das Förderschulsystem ist dahingehend zu reformieren, dass in einer Förderschulform alle Kinder beschult werden können. Kinder mit unterschiedlichen Behinderungen sollen, wenn es aufgrund des Grades der Behinderung erforderlich ist, individuell gefördert werden.

Für eine gezielte Begabtenförderung

Staatliche Bildungspolitik muss Schüler unterschiedlicher Begabungen durch ein differenziertes Bildungsangebot fördern. Nicht nur lernschwache, sondern auch hochbegabte und hochmotivierte Schüler haben ein Anrecht auf individuelle Förderung. Die diagnostische Kompetenz von Lehrern, solche Begabungen zu erkennen, muss in der Lehrerbildung gestärkt werden.

Ist die Hochbegabung und die Leistungsbereitschaft eines Kindes erkannt, so muss es in seinem eigenen und dem Interesse der Gesellschaft auch gefördert werden und braucht die Akzeptanz durch Schule und Gesellschaft. Hochbegabte lernen nicht nur schneller, sondern grundlegend anders.

Die FDP Brandenburg setzt sich für Schulen ein, in denen Schüler die Chance erhalten, sich zur kommenden Elite Brandenburgs zu entwickeln; denn Eliten sind für unser Land unverzichtbar, um wissenschaftliche und wirtschaftliche Höchstleistungen zu erbringen. Auf Grund der erhöhten Lernanforderungen können solche Einrichtungen nicht flächendeckend eingerichtet werden, sondern nur als Internate – auch mit Hilfe von privaten Stiftungsgeldern.

Kooperation der Schulen mit dem Nachbarland Polen

Ein Schwerpunkt der Bildungspolitik der FDP liegt auf den Beziehungen zum Nachbarland Polen. Nach dem Vorbild des Deutsch-Französischen Jugendaustausches sollen Projekte im Rahmen des Deutsch-Polnischen Jugendwerks sowie regionale Initiativen ideell gefördert werden. Die FDP Brandenburg unterstützt den Erhalt und den Ausbau von Schulen mit gemischt deutsch-polnischer Schülerschaft. Dazu gehört insbesondere die Förderung des Fremdsprachenangebotes ab der 3. Klasse.

Ein gemeinsamer Bildungs- und Wissenschaftsraum stellt erhöhte Anforderungen an das Lehrpersonal der Schulen und der Hochschulen. Daher sollen ein deutsch-polnischer Austausch von Fachkräften eingerichtet und verpflichtende Fortbildungsangebote (Fremdsprachen etc.) geschaffen werden.

Effiziente Schulen brauchen qualifiziertes Lehrpersonal

Für die notwendige Qualität der Lehrenden ist erforderlich

- eine fundierte fachliche Qualifikation sowie gute Beherrschung der deutschen Sprache und einer zweiten Sprache, um sich Fachliteratur und Didaktik aneignen und weitergeben zu können,
- Ausgewogenheit zwischen Fachkompetenz, benötigter Pädagogik und Psychologie, d.h. keine Neuauflage des sog. „Allrounddilettanten“, der in allen Schulstufen und -arten gleichermaßen einzusetzen ist,
- spezifische Ausbildung für die einzelnen Altersstufen der Schüler, denn nicht jeder Lehrer benötigt eine extrem wissenschaftliche Ausbildung. Alle sollten jedoch so qualifiziert sein, dass sie auch außerhalb der Schule einen adäquaten Arbeitsplatz finden können, falls sie den Belastungen des Lehreralltags nicht gewachsen sind (Doppelqualifikation in der Lehrerausbildung),
- verbindliche Fort – und Weiterbildung muss im Schulgesetz verankert sein. Regelmäßige Fortbildungsmöglichkeiten an einer Hochschule sind sicherzustellen. Die schulinterne Fortbildung ist fachspezifisch und fächerübergreifend in den Fachbereichen durchzuführen,
- keine Belastung der Schüler durch am Konzept irgendwelcher Didaktiker übenden Studenten. Jeder Lehramtsstudent muss vor dem Beginn seines Studiums ein dreimonatiges Praktikum nachweisen. Ein weiteres dreimonatiges Praktikum ist vor dem Examen während der Semesterferien abzuleisten. Die Betreuung dieses zweiten Praktikums obliegt der Hochschule und wird benotet.

(6) Wissenschaft und Forschung

Der Wissenschaft und Forschung hohe Priorität einräumen

Exzellente Produkte und Dienstleistungen sind Voraussetzung für die Brandenburger Wirtschaft, um Wachstum und Beschäftigung schaffen zu können. Diese Produkte und Dienstleistungen entstehen durch bestens ausgebildete Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler. Dazu sind her-

vorrangige wissenschaftliche Einrichtungen, Hochschulen und Forschungsinstitute notwendig, denn dort können weltweit anerkannte Kapazitäten herausragende Arbeitsbedingungen finden und junge Menschen durch diese ausgebildet werden. Daher braucht die Region Berlin-Brandenburg eine einzigartige Forschungs- und Wissenschaftslandschaft. Nicht nur der volkswirtschaftliche Nutzen der Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen ist von Bedeutung. Es geht auch um Bildung junger Menschen in Brandenburg, um das Nachdenken über die Perspektiven der Region usw.

Dennoch gibt das Land Brandenburg im Vergleich zu allen anderen Bundesländern am wenigsten für die Hochschulen und wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen pro Kopf der Bevölkerung aus. Die FDP Brandenburg fordert, der Entwicklung von Wissenschaft und Forschung eine deutlich höhere Priorität einzuräumen:

Grundsätzlich muss der Plafond für Wissenschaft und Forschung in der mittelfristigen Finanzplanung des Landes ausgeweitet werden. Kurzfristig fordert die FDP Brandenburg das Einrichten eines Sonderfonds für Berufungen und Bleibeverhandlungen mit herausragenden Wissenschaftlern.

Ferner können Studiengebühren, deren Aufkommen nicht auf die Landesmittel für die Hochschulen angerechnet wird, zu einer Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Hochschulen beitragen.

Die FDP Brandenburg setzt sich dafür ein, dass sich der Bund nicht einseitig aus seiner Verantwortung für die Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen verabschiedet:

Brandenburg muss sich aktiver in den Wettbewerb um die Ansiedlung wissenschaftlicher Großgeräte des Bundes einschalten. Großgeräte für die Forschung tragen zur Ansiedlung von High-Tech-Unternehmen bei und schaffen Arbeitsplätze für hochqualifizierte Wissenschaftler.

Die FDP Brandenburg wendet sich gegen Vorschläge des Bundes, die Leibniz-Institute, die ihre Standorte mehrheitlich im Osten Deutschlands haben, künftig den finanzschwachen Ländern allein zu überlassen.

Auch die Absenkung der Mittel für den kofinanzierten Hochschulbau durch den Bund ist nicht hinnehmbar. Hochschulbau muss weiterhin gemeinsame Bundes- und Landesaufgabe bleiben.

Darüber hinaus fordert die FDP Brandenburg, die Möglichkeiten zur Einwerbung privater Mittel für Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen zu verbessern. So darf das Hochschulsponsoring nicht an bürokratischen Hemmnissen scheitern. Dazu wird sich die FDP beim Bund für eine Novellierung des Stiftungsrechtes einsetzen, um z. B. das sog. „Endowmentverbot“ (Stiftungen dürfen aus Stiftungskapital keine Stiftungen gründen) abzuschaffen. Dies würde gerade für Ostdeutschland zusätzliche Stiftungsgründungen ermöglichen. Die Unternehmen sollen ermutigt werden, Stiftungsprofessuren zu vergeben. Drittmittel und Spenden dürfen nicht auf die Grundausrüstung angerechnet werden.

Auf dem Weg zu einer exzellenten Forschungs- und Wissenschaftslandschaft in der Region Berlin/Brandenburg

Die Region Berlin/Brandenburg muss als unabhängige, wettbewerbsorientierte, profilierte und international anerkannte Wissenschaftslandschaft von beiden Ländern gemeinsam fortentwickelt werden. Die massiven und mit Brandenburg nicht koordinierten Sparbeschlüsse des Landes Berlin haben die Hochschullandschaft schwer getroffen.

Zukünftig muss die Hochschulentwicklungsplanung beider Länder in einer gemeinsamen Kommission koordiniert werden. Es muss nicht jede Hochschule jeden Studiengang anbieten, aber es darf nicht sein, dass in der Region Berlin/Brandenburg ganze Fachbereiche nicht mehr existieren. Die Hochschulregion Berlin/Brandenburg muss Schwerpunkte bilden, bei denen auf exzellente Studiengänge abgestellt wird. Diese sind regelmäßig in- und extern zu evaluieren.

Brandenburg braucht eine Wissenschaftselite! Dazu ist es erforderlich, dass Hochbegabte auch entsprechend gefördert werden. Aus diesem Grund will die FDP Brandenburg einen Stiftungsfonds – eine Partnerschaft zwischen der Wirtschaft und dem Land – ins Leben rufen.

Noch immer ist der Anteil von Frauen in den wissenschaftlichen Einrichtungen zu gering. Daher fordert die brandenburgische FDP eine deutlich verstärkte Frauenförderung im Wissenschaftsbereich, die an Leistungskriterien ausgerichtet ist. Die FDP Brandenburg spricht sich für ein Sonderprogramm des Landes, analog zum Emmy-Noether-Programm der Deutschen Forschungsgemeinschaft, speziell für Frauen in akademischen Bereichen aus. Dabei soll neben einem Auslandsaufent-

halt die selbständige Leitung einer Forschungsgruppe eingeschlossen sein.

Um die Attraktivität für ausländische Studierende zu erhöhen, soll in Brandenburg die flächendeckende Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen schon vor 2010 abgeschlossen sein. Gleichzeitig muss das Europäische Kreditpunktesystem an allen brandenburgischen Hochschulen umgesetzt werden.

Nicht zuletzt bilden private Hochschulen eine wichtige Ergänzung zur brandenburgischen Wissenslandschaft. Eine Landesregierung mit FDP-Beteiligung wird sich für die Erleichterung von Genehmigungsverfahren für private Gründungen stark machen.

Weiterhin sprechen wir uns für eine Förderung der Europäischen Kooperation in Wissenschaft und Forschung nach dem Muster der Wissenschaftskollegs Berlin und Budapest aus. Daher muss auch das Mobilitätsprogramm für Wissenschaftler (Marie-Curie-Programm) weiter ausgebaut werden. Außerdem unterstützt die FDP Brandenburg die Errichtung eines europäischen Kulturinstitutes in unserem Bundesland sowie die Umwandlung der Europa-Universität Viadrina in eine deutsch-französisch-polnische Stiftungsuniversität.

Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kooperation von Wissenschaft und Industrie

In Brandenburg wurde mit dem Aufbau von Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung des Landes gelegt. Nun gilt es, die Voraussetzungen der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu verbessern, damit die wissenschaftlichen Erkenntnisse in neue Produkte und Dienstleistungen einfließen können. Wesentliche Voraussetzung dafür ist, dass Forscher in der Industrie tätig sind. In Ostdeutschland ist besonders die Industrieforschung noch entwicklungsbedürftig. Während in den Alten Bundesländern vier Wissenschaftler auf 1.000 Einwohner kommen, ist es in den Neuen Ländern nur einer.

Die Verbesserung der Kooperation von Wissenschaft und Industrie muss mit der unabhängigen Begutachtung der aktuell eingesetzten Instrumente beim Technologietransfer und der Ansiedlungspolitik beginnen. Besonderes Augenmerk muss der Schnittstelle zwischen der Zukunfts-

gentur Brandenburg und den wissenschaftlichen Einrichtungen gewidmet werden.

Die FDP Brandenburg setzt sich für eine „Initiative Schlüsseltechnologien“ ein, mit der die Technologiebereiche gefördert werden, die für Brandenburg angesichts der vorhandenen Strukturen und der zu erwartenden Marktpotenziale die größten Beiträge zur Verbesserung der Leistungskraft der Brandenburgischen Wirtschaft erwarten lassen (z. B. Nanotechnologie, Biotechnologie, Neue Werkstoffe, optische Technologien, Luftfahrttechnologie).

Brandenburg fehlt ein forschungs- und technologiepolitisches Gremium, in dem auf höchster Ebene Themen der Kooperation und Förderung diskutiert werden können. Die FDP Brandenburg fordert einen Innovationsrat, in dem Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft vertreten sind.

Die FDP Brandenburg befürwortet ein Programm InnoRegio II ab dem Jahr 2005, nachdem InnoRegio ausgiebig evaluiert worden ist.

Nicht zuletzt sollen die beachtlichen Möglichkeiten der Fachhochschulen, Projekte der angewandten Forschung und Entwicklung zu betreiben, genutzt werden. Dazu fordert die FDP Brandenburg, die sachlichen und personellen Voraussetzungen für die Beteiligung der Fachhochschulen an derartigen Projekten zu verbessern.

Autonome Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen

Das Landeshochschulgesetz muss entrümpelt und auf Kernbereiche zurückgeführt werden. Dabei soll der Grundsatz gelten: was die Hochschulen in eigener Regie entscheiden können, darin soll sich der Staat nicht einmischen. Die FDP Brandenburg will eine autonome Hochschule, die über ihre Angelegenheiten selbst entscheidet.

Neben der „Entfesselung“ der Anbieter von Hochschulbildung muss auch die Nachfrageseite deutlich gestärkt werden. Dazu gehört die Einführung von Studiengebühren sowie die Einführung von Bildungsgutscheinen, die den Wettbewerb zwischen den Hochschulen fördern.

Das Land Brandenburg reicht an „seine“ Abiturienten Bildungsgutscheine aus, die diese bei der Hochschule ihrer Wahl – in Brandenburg oder anderswo – einlösen können. Der finanzielle Gegenwert der Bildungsgut-

scheine sichert die Finanzierung der Hochschulen. So entsteht Wettbewerb der Hochschulen um die Studierenden, denn wer viele Studierende anzieht, erhält auch mehr Mittel. Auch sind die Studierenden stärker als bisher gefordert. Da ihr Bildungsguthaben begrenzt ist, werden für sie Anreize geschaffen, ihr Studium effizienter zu organisieren und ihr Budget optimal einzusetzen.

Im Gegenzug zur Selbstauswahl der Studierenden sollen zukünftig die Hochschulen ihre Studierenden durch Eingangstests auswählen. Die FDP in der Landesregierung wird den Staatsvertrag über die Zentrale Vergabestelle für Studienplätze (ZVS) unverzüglich kündigen.

Um den Hochschulen im Rahmen des geltenden Rechts sofort zu helfen, müssen die leistungshemmenden Elemente des aktuellen Mittelverteilungsmodells modifiziert werden.

Das Arbeits- und Dienstrecht insbesondere der Professoren ist leistungsorientierter auszugestalten. Beispielsweise soll neben den neu eingerichteten Juniorprofessoren im Landeshochschulgesetz die Möglichkeit der „Seniorprofessur“ eingeführt werden. (Wenige exzellente) Professoren erhalten die Möglichkeit, auch nach dem Erreichen der Pensionsgrenze zu lehren, freilich mit reduziertem Stab und als klares „Zusatzangebot“ an den Hochschulen. Sie bleiben aber Mitglied der Hochschule, werden im Vorlesungsverzeichnis aufgeführt usw. Damit kann es gelingen, ausgezeichnete Wissenschaftler nach Brandenburg zu holen oder im Lande zu halten. Die Möglichkeit der Teilzeitbeschäftigung von Hochschullehrern und wissenschaftlichem Personal soll von den Hochschulen selbst geregelt werden.

Was für Hochschulen gilt, gilt auch für Forschungsinstitute. Mehr Autonomie und Entscheidungskompetenz verbessern den Forschungsstandort. Der Staat soll sich möglichst aus der Entscheidung, was und wie geforscht wird, heraushalten. Eine planwirtschaftliche Staatsforschung darf es in einem freiheitlichen Land nicht geben. Zur Forschungsfreiheit gehört aber auch Transparenz und Überprüfung. Öffentlich geförderte Forschungsvorhaben in Brandenburg sollen zukünftig nach Abschluss gründlich evaluiert werden, um Fehler bei Folgeprogrammen zu vermeiden.

Studienfinanzierung, Hochschule und Familie

Liberaler Bildungspolitik setzt auf Chancengleichheit, aber nicht auf Ergebnisgleichheit. Studierende und Lehrende mit Kindern brauchen hochschulnahe Einrichtungen zur Kinderbetreuung, damit sie gleiche Leistungschancen haben.

Alle Studierenden müssen unabhängig von der Einkommenssituation ihrer Eltern in der Lage sein, ihren Lebensunterhalt angemessen zu bestreiten. Wesentlich hierzu ist die grundlegende Reformierung des bestehenden BAFöG-Systems, für die sich die FDP Brandenburg auf Bundesebene einsetzt.

Die FDP Brandenburg fordert eine deutliche Verbesserung der Studienförderung durch Stipendien. Die brandenburgischen Hochschulen sollten durch Voll- oder Teilstipendien ca. 15–20 % ihrer Studierenden von Studiengebühren befreien können. Dazu sind massive Anstrengungen des Landes, der Hochschulen, der Wirtschaft und privater Stiftungen notwendig.

(7) Kultur

Kultur – Lebensqualität für Brandenburg

Für Liberale kommt der Kultur als Bestandteil der eigenverantwortlichen Lebensgestaltung eine besondere Rolle zu. Dem hohen Stellenwert, den in Brandenburg die Landesverfassung (Art. 2 und 34) der Kultur beimisst, wird die Lebenswirklichkeit in unserem Bundesland nicht gerecht. Sowohl das Land als auch die Kommunen kürzen ständig die Ausgaben für die Kultur. Brandenburg ist auch in diesem Bereich Schlusslicht unter den ostdeutschen Ländern.

Dabei besteht in Brandenburg eine einzigartige Chance zur Vernetzung von Kultur, Geschichte und Natur. Diese Symbiose bietet auch hervorragende Chancen für den Tourismus als einem besonders wichtigen Wirtschaftszweig für unser Land.

Kultur ist darüber hinaus ein wichtiger Standortfaktor für die Ansiedlungsentscheidungen von Wirtschaftsbetrieben. Ausgaben für die Kultur sind daher auch ein Beitrag zur Wirtschaftsförderung.

Kultur in Brandenburg ist trotz der Nähe zu Berlin wichtig. Sie trägt wesentlich zur Bildung und Stärkung einer märkischen Identität bei. Dies gilt nicht nur für die berlinnahen Gebiete, sondern gerade auch für den äußeren Entwicklungsraum.

Zu einem lebendigen Kulturleben gehört nicht nur die etablierte Hochkultur, sondern auch das kulturelle Leben in den Vereinen und in der freien Kulturszene. Hier sind insbesondere die Kommunen gefordert.

Kultur muss vorrangig gesellschaftliche Aufgabe bleiben. Die – teilweise bereits sehr erfolgreichen – Bemühungen um Sponsoren müssen aber weiter verstärkt werden. Kulturförderung und –finanzierung ist ein hervorragendes Beispiel für bürgerschaftliches Engagement, das Liberalen besonders wichtig ist. Dieses kommt auch in den zahlreichen Vereinen zum Tragen, die sich der Kulturarbeit widmen.

Das Land darf sich bei der Kulturförderung und –finanzierung, insbesondere im Verhältnis zu den Kommunen, nicht aus der Verantwortung stellen. Es müssen Wege gefunden werden, ein hochwertiges kulturelles Angebot auch für die Fläche aufrecht zu erhalten. Es darf nicht noch mehr von dem zerschlagen werden, was auch vor der Wende an kultureller Infrastruktur geschaffen worden ist. Die Verbindung von Kultur und Region muss erhalten bleiben. Dies gilt insbesondere für den äußeren Entwicklungsraum.

In Zeiten knapper Kassen müssen intelligente Lösungen gefunden werden. Auch im Kulturbereich bedarf es eines modernen Managements. Es dürfen aber nicht unter dem Modebegriff des "outsourcing" Strukturen eingeführt werden, die der eigentlichen Projektförderung Mittel entziehen.

Die FDP Brandenburg fordert daher insbesondere folgende Maßnahmen für die Hauptbereiche des kulturellen Lebens.

Im Bereich Theater ist eine verbesserte Kooperation zwischen den einzelnen Bühnen bis hin zu intelligenten Verbundlösungen anzustreben, d. h.:

- ein auf Potsdam und Brandenburg a.d.H. konzentrierter Theaterverbund ("Märkische Bühnen Potsdam/Brandenburg") für das Sprech- und Musiktheater mit den Brandenburger Symphonikern als Teil des Musiktheaters,

- eine verbesserte Kooperation zwischen dem Staatstheater Cottbus und dem Kleist-Forum in Frankfurt (Oder), sowie
- den Erhalt der Bühnen in Schwedt und Senftenberg.

Im Bereich Orchester muss sowohl die Vielfalt des Angebots erhalten werden als auch eine Versorgung der Fläche garantiert bleiben. Dies bedeutet insbesondere Erhaltung des Brandenburgischen Staatsorchesters Frankfurt (Oder) und die Versorgung auch des nordöstlichen Raumes, wobei für eine weitere Landesförderung eine Kooperation zwischen Uckermark und Barnim notwendig ist.

Kunst- und Musikschulen legen bei Kindern und Jugendlichen die Grundlage für nahezu jede weitere Beschäftigung mit der Kultur und bieten zudem ein hochqualifiziertes Freizeitangebot. Erforderlich sind daher die Erhaltung eines flächendeckenden Angebotes an Musikschulen, auch bei der künftigen Ausweitung des Angebotes im Ganztagschulbereich, wobei die Kooperation anzustreben ist und die Wiederherstellung der ursprünglichen, im Gesetz festgelegten Förderung.

Neben dem Erbe der Geschichte (Stiftung Preußische Schlösser und Gärten, Museum der Preußisch-Brandenburgischen Geschichte in Potsdam) sowie dem Märkischen Erbe (etwa den Klöstern Chorin, Zinna, Lehnin und Neuzelle) verdienen auch die Kunstmuseen des Landes besondere Förderung. Mit der Sammlung von DDR-Kunst in Burg Beeskow gibt es einen einzigartigen Anziehungspunkt, der Besucher von weither anlockt. Die Bestände dürfen nicht länger in das Burg-Depot verbannt bleiben.

Die FDP Brandenburg will die Schaffung von Räumlichkeiten zur angemessenen Präsentation der ehemaligen DDR-Kunst aus der Burg Beeskow unter Erweiterung des Burgensembles und die Übernahme dieser Kunstsammlung als Landesaufgabe. Zwischen der Kunstsammlung Cottbus und dem Museum Junge Kunst in Frankfurt (Oder) sollte es eine verstärkte Kooperation geben.

Die Denkmalpflege hat eine besondere Verbindung zu Landschaft, Geschichte und Tourismus. Die Einbeziehung der Mittel für den Denkmalschutz in das Gemeindefinanzierungsgesetz hat sich nicht bewährt. Erforderlich ist daher die Einrichtung eines landesweiten und angemessen dotierten Denkmalpflegefonds.

Die FDP Brandenburg unterstützt die Bewerbung Potsdams als Kulturhauptstadt Europas 2010.

Sorbische Kultur – Vermächtnis und Zukunftsaufgabe

Das Volk der Sorben hat das Interesse und das Recht, alle Bereiche seines nationalen Lebens bestmöglich zu entwickeln.

Mehrere Jahrhunderte wurde den Sorben das Gefühl der Minderwertigkeit eingeimpft und dies hat zur Folge, dass vielen Sorben der Stolz auf die Herkunft, die Sprache und Kultur ihres Volkes genommen wurde.

Die komplizierte wirtschaftliche Situation in der Lausitz bedroht die Zukunft des sorbischen Volkes. Die Sorben haben nur dann eine Überlebenschance, wenn das Verhältnis zwischen Sorben und Deutschen von gegenseitiger Akzeptanz, Vertrauen und gemeinsamer Verantwortung bestimmt ist.

Das Europäische Jahr der Sprachen (2001) machte bewusst, dass Sprachen lernen das kulturelle Verständnis füreinander fördert und die persönliche Lebensqualität verbessert. Sprache, Kultur und Kunst sind Ausdruck eines lebendigen Volkes.

Alle Bemühungen, welche Sorben selbst initiieren, um das sorbische Brauchtum zu pflegen, werden von den Liberalen unterstützt. Dazu gehört u. a. das WITAJ-Modell (zweisprachiger Unterricht ab 1. Klasse), welches z. B. sicherstellt, dass Kinder auch in Kindergärten und Grundschulen die sorbische Sprache erlernen und sprechen. Die sorbische Sprache ist ein wichtiger Pfeiler, um die Pflege und die Zukunft des sorbischen Brauchtums zu sichern. Jede Kultur lebt vom Wissen über die Dinge. Demzufolge müssen auch weiterführende Schulen, insbesondere sorbische Gymnasien, bei der Schulentwicklungsplanung einen besonderen Status erhalten.

Hauptforderung der Liberalen ist es, die Kurse für die Ausbildung sorbischsprachiger Lehrer weiterzuführen und Lehrer mit dieser Ausbildung nicht in Teilzeit, sondern in Vollbeschäftigung anzustellen.

Die Hemmnisse, welche durch die Teilung des Volkes der Sorben (durch die Verwaltungsglandergrenze Brandenburg – Sachsen) entstehen, werden die Liberalen von Brandenburg durch eine aktive Zusammenarbeit mit dem Freistaat Sachsen aus dem Weg räumen.

(8) Soziales, Familie, Frauen, Jugend, Senioren

Liberaler Gesellschafts- und Sozialpolitik richtet sich an Menschen, die nicht auf die Segnungen des Staates warten, sondern Verantwortung übernehmen wollen. Bedürftigen stehen die Liberalen solidarisch zur Seite. Sie dürfen jedoch nicht bevormundet und als Bittsteller behandelt werden. Die FDP Brandenburg setzt im Sozialwesen darauf, dass die Geldmittel vorrangig für Maßnahmen verwendet werden, die den Bedürftigen zugute kommen. Überbordende Verwaltungsapparate der „Sozialkonzerne“ müssen abgebaut werden.

Wertsache Familie – Alle Generationen gehören dazu

Die Familie ist der Ort, an dem Geborgenheit erfahren wird. Sie vermittelt Werte, deren Fehlen unsere Gesellschaft vielfach erkranken lässt. Es geht nicht an, dass diese erst in der Schule vermittelt werden. Damit ist die Institution Schule überfordert. Beiden Elternteilen wie Alleinerziehenden kommt deshalb eine überaus wichtige Rolle zu. Auch der demographische und wirtschaftsstrukturelle Wandel im Land Brandenburg ist ohne ein Bekenntnis zur Familie und ohne mutige Entscheidungen für die Zukunft der Familie nicht zu bewältigen.

Derzeit werden in Brandenburg nicht nur insgesamt weniger Kinder geboren als in den vorhergehenden Jahrzehnten; die wirtschaftliche Entwicklung ist ebenso folgenreich für die Bevölkerungsstruktur unseres Landes. Junge Menschen ziehen in Orte, in denen sich ihnen berufliche Perspektiven bieten, entweder in den berlinnahen Verflechtungsraum oder immer öfter aus Brandenburg fort. Die Entwicklung der Altersstrukturen in Brandenburg zeigt im berlinnahen Raum verstärkt Familien mit Kindern, im berlinfernen Raum mehr Familien mit pflegebedürftigen Personen oder alleinstehende ältere, vermehrt pflegebedürftige Personen. Ein „weiter so“ in der Familienpolitik würde deshalb nicht nur die derzeitige Lage völlig ignorieren, sondern zudem den Landeshaushalt und die kommunalen Haushalte wesentlich überfordern. Wir brauchen eine Politik, die fachübergreifend Synergieeffekte schafft, damit die notwendige Infrastruktur aufrechterhalten werden kann.

Dies zu verwirklichen, ist nicht nur Aufgabe der Politik für junge Familien, sondern auch der Seniorenpolitik. Alt werden in der Familie muss selbstverständlich sein. Der Generationenvertrag muss auch in der einzelnen Familie lebbar sein, um Familienstrukturen zu erhalten.

Kinderfreundliche Umgebung – Aufgabe für Land und Kommunen

Kinder sind unsere Zukunft. Diese einfache Erkenntnis muss aber auch in der Politik konsequent umgesetzt werden. Neben aller finanziellen und schulischen Förderung ist eine kinderfreundliche Umgebung wichtig für das Aufwachsen und die Entwicklung von Kindern. Die FDP Brandenburg will mehr Platz zum Leben und Spielen für Kinder. Ausreichend Beschäftigungs- und Spielmöglichkeiten sind gerade in den Innenstädten wichtig. Neben dem Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs, z.B. durch kundenorientierten Service, bessere Verbindungen und regionale Familientickets, sollen innerhalb von Wohngebieten verstärkt verkehrsberuhigte Zonen eingerichtet werden.

Öde Betonsiedlungen müssen der Vergangenheit angehören, mehr Grün, ausreichend Radwege, Freizeit- und Spielmöglichkeiten abseits von dicht befahrenden Hauptverkehrsstraßen müssen in den Mittelpunkt kommunaler Stadtentwicklung rücken.

Die von der FDP Brandenburg vorgeschlagenen Maßnahmen zur Förderung der Familie führen sowohl für die kommunalen Körperschaften als Träger der Jugendhilfe als auch für den Bildungsetat und die Träger der Altenpflege zu einer finanziellen Mehrbelastung. Ihre Finanzierung ist zu gewährleisten, indem den Gemeinden ein größerer Anteil der Steuereinkünfte durch die Gemeindefinanzreform und den Kreisen und Gemeinden ein faires Kommunalfinanzausgleichsgesetz eingeräumt wird.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist vor allem für Frauen und junge Familien eine kaum zu bewältigende Aufgabe. Durch das geringe Angebot von Betreuungsplätzen ist es Frauen oftmals unzureichend möglich, schon während der ersten Lebensjahre der Kinder ihren Beruf weiter auszuüben.

Die Entscheidung für Kinder bildet oft einen entscheidenden Knick in der Karriere von Frauen. Um die Chancen zu erhöhen, Familie und Beruf, aber auch Familie und Karriere so weit wie möglich zu vereinbaren, müssen die angebotenen Betreuungsmöglichkeiten verbessert werden.

Reform der Kinderbetreuung

Die FDP Brandenburg fordert ein variables Betreuungsangebot für Kinder im Kleinkindalter bis zu drei Jahren. Dabei ist verstärkt auf familienähnliche Strukturen zurückzugreifen, insbesondere dann, wenn die tägliche Betreuungszeit sechs Stunden überschreitet. Ein flächendeckendes Tagesmüttermodell und wohnortnahe Kleinkindgruppen sind nicht nur aus finanzpolitischen Gründen, sondern vor allem aus Gründen der Flexibilität gegenüber zentral vorzuhaltenden Krippengruppen zu bevorzugen. Dabei können durchaus auch Personen in die Betreuung einbezogen werden, die das aktive Berufsleben bereits verlassen haben. Die FDP Brandenburg fordert, dass nicht mehr allein die herkömmlichen Betreuungseinrichtungen finanziert werden, sondern den Eltern mit Unterstützung des zuständigen Jugendamtes auch die Betreuung durch Tagesmütter oder der Besuch freier Kleinkindgruppen ohne finanzielle Nachteile gegenüber herkömmlicher Betreuung ermöglicht wird. Der Betreuungsbereich sollte dabei weniger durch staatliche als durch freie Trägerschaft gekennzeichnet sein. Konfessionell gebundene oder sozialverbandliche Trägerschaft können durch private oder betriebliche Anbieter ergänzt werden. Gerade im ländlichen Raum bieten sich auch hier bisher unzureichend genutzte Möglichkeiten wie der Bauernhof-Kindergarten oder die "Ich-AG" Tagesmutter an. Die freie Wahlmöglichkeit ist durch kommunale Betreuungsgutscheine zu gewährleisten.

Kindertagesstätten leisten neben den Eltern einen unterstützenden Beitrag bei der Erziehung der Kinder im Sinne des demokratischen Grundverständnisses und vermitteln grundlegende Werte wie die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens, individuelle Freiheit und Integrität, Gleichberechtigung, Gleichheit aller Menschen und Solidarität mit Schwachen und Kranken.

Kindertagesstätten sollen flexible Öffnungszeiten haben, die sich an den Arbeitszeiten der Eltern orientieren.

Eltern, die auf Grund ihrer Berufstätigkeit ihr Kind länger als drei Stunden in der Kindertagesstätte betreuen lassen, sollen ab der 4. Stunde einen einheitlichen finanziellen Beitrag leisten. Es steht allen Eltern frei, ihren Kindern den Besuch der Kindertagesstätte auch über drei Stunden zu ermöglichen.

Kindertagesstätten haben das Recht, durch die kurzzeitige Betreuung am Nachmittag von Kindern, die noch nicht regelmäßig die KITA besuchen, finanzielle Mittel zu erwirtschaften, welche dann den Kindertagesstätten zusätzlich zur Verfügung stehen sollen. Den dafür zu entrichtenden Betrag legt jeder Träger der Kindertagesstätte in Abstimmung mit den Eltern in Eigenverantwortung fest.

Einbindung von Betrieben – Arbeitswelt familienfreundlich gestalten

Ein weiterer Schritt zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine Reform der Arbeitswelt. Dabei bedarf es einer Förderung von Unternehmen bei der Einrichtung von firmeneigenen Kindertagesstätten, die sich nach den Arbeitszeiten ihrer Mitarbeiter richten. Auch die Nutzung von Erziehungs- und Teilzeitarbeitsmöglichkeiten, Telearbeit und flexibler Arbeitszeit soll gefördert werden. Unternehmen sollen verstärkt in Zusammenarbeit mit den Kindertagesstätten vor Ort betriebsinterne Möglichkeiten der Kinderbetreuung anbieten können. Die FDP Brandenburg setzt sich für die Einführung eines Gütesiegels für familienfreundliche Firmenpolitik ein.

Frauenförderung ernst nehmen – Gleichberechtigung ist für alle gut

Frauenförderung ist nach liberalem Verständnis kein Ausgleich von weiblichen Defiziten. Sie ist vielmehr die Chance, Fähigkeiten an die Oberfläche zu holen, die durch gesellschaftliche Konventionen oder geschlechtsspezifische Sozialisation verborgen geblieben sind. Spezielle Kompetenzen und Qualitäten sollen gefördert und für den jeweiligen Bereich, so auch im Unternehmen, sichtbar gemacht werden.

Aus der gewachsenen Rolle der Frau ergibt sich zwangsläufig, dass Frauen anders arbeiten als Männer. Frauen im Allgemeinen – und Mütter im Besonderen – verfügen über die Eigenschaft, Aufgaben zu koordinieren

und damit mehrere Arbeiten gleichzeitig zu erledigen. Dieses Potenzial wird von Arbeitgebern bisher unterschätzt. Um dieses Potenzial unternehmerisch zu nutzen, sind eine lebensphasenorientierte Personalpolitik und flexible Arbeitszeitmodelle und -orte erforderlich. Frauenfreundliche Betriebe verdienen Unterstützung.

Der Auftrag auch der Brandenburgischen Landesverfassung, dafür zu sorgen, dass die Gleichberechtigung der Frau nicht nur auf dem Papier steht, ist bei weitem nicht erfüllt. Trotz des hohen Qualifikationsniveaus arbeiten Frauen immer noch auf den unteren Hierarchieebenen und verdienen durchschnittlich weniger als ihre männlichen Kollegen. Sie sind oftmals auch eher von Arbeitslosigkeit betroffen.

Die Liberalen fordern wirkungsvolle Maßnahmen für Frauen statt einer überbordenden Bürokratie z. B. in Gestalt einer „Frauen-Abteilung“ im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Frauen. Dabei muss die Landesverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen und verstärkt qualifizierte Frauen in Führungspositionen bringen. Das entsprechende Defizit Brandenburgs im Vergleich zu anderen Bundesländern muss schnellstmöglich behoben werden.

Der Gewalt gegen Frauen und Kinder muss entschieden begegnet werden; die Förderung von Frauenhäusern muss bedarfsgerecht erfolgen.

Brandenburg braucht junge Menschen – Sie brauchen hier eine Zukunft

Die Abwanderungsproblematik entsteht aus der Tatsache, dass junge Menschen in Brandenburg keine Perspektive mehr sehen. Es muss ihnen aber ermöglicht werden, sich eine Zukunft in ihrer Heimat aufzubauen. Dabei gilt für die märkischen Liberalen: eine gute Wirtschafts- und Standortpolitik ist zugleich auch eine gute Jugendpolitik. Die Verstärkung der Investitionen in Bildung und Wissenschaft ist der beste Beitrag, um junge Menschen in Brandenburg fit für die Zukunft zu machen.

Drogenproblem nicht verdrängen

Durch exzessiven Alkoholgenuss sowie den Konsum von Drogen zerstören junge Menschen ihre Zukunft. Der Konsum synthetischer Drogen nimmt kontinuierlich zu und die Konsumenten werden immer jünger. Die

Drogenproblematik wird in Brandenburg unterschätzt. Von 1992 bis 2001 wurden in Brandenburg 30 Rauschgifttote registriert, 9 allein in 2001. Der Konsum synthetischer Drogen nimmt kontinuierlich zu und die Konsumenten werden immer jünger. Dennoch ist die finanzielle Ausstattung für Suchtberatung und –vorbeugung völlig unzureichend. Die Ausgaben betrugen in 2001 pro Einwohner in Thüringen 1,23 €, Mecklenburg-Vorpommern 1,03 € aber in Brandenburg nur 0,37 €. Vorbeugung und Hilfe müssen verstärkt landespolitisches Thema sein. Bei einer teilweisen Verlagerung auf Kommunen und Einzelinitiativen (Beispiel „Weg der Vernunft“ im Havelland) ist eine ausreichende materielle Sicherstellung zu gewährleisten.

Beitrag der Senioren würdigen

Die FDP Brandenburg würdigt und achtet den Lebensbeitrag der älteren Menschen. Diese sollen verstärkt dazu motiviert werden, ihre Lebenserfahrung durch freiwillige ehrenamtliche Tätigkeit auch nach dem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben oder dem Erwachsenwerden der Kinder gesellschaftlich nutzbar zu machen.

Altersbedingt beeinträchtigten oder pflegebedürftigen älteren Menschen ist ein Leben in Würde zu gewährleisten. Sie haben das Recht, ihr Leben selbständig zu gestalten. Betreuungsangebote müssen übersichtlich zusammengeführt und vernetzt werden. Das gilt z. B. für die stationäre, die ambulante und die Tagespflege.

Leben mit Behinderten

Die Erziehung zur Achtung behinderter Menschen ist eine wichtige Aufgabe. Sie ist auch ein Beitrag zur Verhinderung der verabscheuungswürdigen Gewalt gegenüber Behinderten. Behinderte Menschen sind so weit wie möglich in den Betrieb der Ausbildungs- und Arbeitsstätten zu integrieren.

Zuwanderung

Die FDP Brandenburg setzt sich auf Bundesebene für eine Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung ein. Sie befürwortet ein tolerantes Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft. Von Zuwande-

ern, die auf Dauer in Brandenburg bleiben wollen – Ausländern ebenso wie "Russlanddeutschen" – muss aber die Bereitschaft zur Integration verlangt werden. Dazu gehört insbesondere die Verpflichtung, durch das Erlernen der deutschen Sprache die Grundvoraussetzungen dafür zu schaffen, den Lebensunterhalt selbst verdienen und in der Gesellschaft gestaltend mitwirken zu können.

(9) Gesundheit

Die flächendeckende medizinische Versorgung auf hohem Niveau ist im Land Brandenburg gefährdet. Die FDP Brandenburg fordert deren Erhaltung.

Ärztemangel nimmt zu

In den Brandenburgischen Krankenhäusern fehlen etwa 200 Ärzte. Nach Umsetzung des EuGH-Urteils, das Bereitschafts- als Arbeitszeit einstuft, wird sich diese Fehlzahl verdoppeln. Im ambulanten Bereich sind 148 Hausarzt- und ca. 50 Facharztpraxen derzeit nicht wieder besetzbar.

In den attraktiven Siedlungsräumen des Speckgürtels ist die ärztliche Versorgung im Allgemeinen zwar noch gegeben. In den ländlichen Gebieten ist der Missstand schon heute deutlich spürbar. Ein Großteil der Ärzte ist älter als 58 Jahre. Ausgebildete, junge Fachärzte wandern in die alten Bundesländer ab. In drei bis acht Jahren sind verbreitet desolate Zustände zu erwarten.

Die Ursachen liegen darin, dass der Arztberuf seine Attraktivität auf Grund schlechter Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten sowie reglementierender Einschränkungen der Freiberuflichkeit weitgehend verloren hat.

Ärzte nach Brandenburg holen und halten

Niederlassungswilligen Ärzten muss der Weg zu attraktiven Existenzgründungsprogrammen ("Sonderzonen" für bestimmte Regionen, Eigenkapitalhilfe) geöffnet werden. Mit diesen Lasten darf das Land die Kommunen nicht allein lassen.

Die Arbeitszeiten in den Krankenhäusern müssen unter Umsetzung des Urteils des Europäischen Gerichtshofes, in dem Bereitschaftszeiten als Arbeitszeit anerkannt werden, unverzüglich verbessert werden.

Flankierend müssen bei den niedergelassenen Ärzten, die durch überdurchschnittlichen Arbeitsbelastung bereits beeinträchtigt sind, die diskriminierenden "Ost-Regelungen" wie die Honorarminderung in der Gesetzlichen Krankenversicherung und der Ost-Abschlag bei Privatpatienten wegfallen.

Flächendeckende Apothekenversorgung erhalten

Die weitgehend pauschalierende neue Arzneimittelpreisverordnung (AMPreisV) wird den wirtschaftlichen Tod vieler Apotheken herbeiführen. Ein Engpass in der wohnortnahen Versorgung mit Arzneimitteln wird die mittelfristige Folge sein. Kranke Menschen werden auf diese Weise vom medizinischen Fortschritt abgeschnitten. Nur eine tatsächlich umsatzabhängige Vergütung entspricht den wirtschaftlichen Regeln des Handels und sichert genügend Existenzen für eine ausreichende flächendeckende Versorgung.

Der Krankenhausplan ist bedarfsgerecht zu erstellen

Ein Krankenhausplan, der vorgibt, wie viele Betten in der Region vorzuhalten sind, ist nicht mehr zeitgemäß, da das Bett nicht der Kostenfaktor ist. Die Grundversorgung ist davon ausgenommen.

Qualifizierte ärztliche und pflegerische Betreuung ist kostensenkend, nicht kostensteigernd. Wir Liberalen lehnen die Absenkungen des qualitativen Standards in der medizinischen Versorgung durch personelle Unter- oder Fehlbesetzung ab. Private Krankenhausbetreiber sind gegenüber den Landesbetrieben verstärkt zu fördern.

Prophylaxe statt Therapie

Die Behandlung von Krankheiten verschlingt Unsummen. Dennoch wird unzureichend in prophylaktische Maßnahmen investiert. Beispielsweise liegt die Häufigkeit an Herz-Kreislauf-Erkrankungen in Brandenburg über dem Bundesdurchschnitt. Nach einer umfassenden Analyse der Ursachen muss ein systematisch strukturiertes Vorbeugeprogramm durchge-

führt werden. Dem Land fällt dabei eine koordinierende Aufgabe zu; die materielle Ausstattung liegt im Eigeninteresse der Krankenkassen.

Verschlinkung der Verwaltungen

Die Beiträge der Versicherten sind in erster Linie zu deren medizinischer Versorgung bestimmt, nicht zu deren Verwaltung.

Die Vielzahl von etwa 400 Krankenkassen ist unnötig. 97% der Versicherungsleistungen sind gesetzlich fixiert; ein ernstzunehmender Wettbewerb ist somit ausgeschlossen. Die Fusionierung auf wenige Kassen ermöglicht massive Kosteneinsparungen. Aber auch die Kassenärztliche Vereinigung bedarf einer deutlichen Rationalisierung.

Unsere Bevölkerung wird immer älter und die medizinischen Möglichkeiten werden immer besser, meist aber auch teurer. Angesichts dieser Herausforderungen muss die Politik dafür sorgen, dass unser Gesundheitssystem auch in Zukunft bezahlbar bleibt. Die FDP Brandenburg setzt sich deshalb für ein umfassendes Reformkonzept ein.

Ein solidarisches System ohne eigenen Beitrag zur Erhaltung der Gesundheit ist undenkbar. Notwendig ist deshalb eine Entscheidung darüber, welche Risiken die Solidargemeinschaft absichert, und für welche der Einzelne selbst Vorsorge treffen soll.

Die Versicherten müssen dabei die Möglichkeit erhalten, ihren Versicherungsschutz individueller zu gestalten. Eine Regelung für Härtefälle entspricht unserem Verständnis von Solidarität.

(10) Sport

Die FDP Brandenburg würdigt den Beitrag des Sports zur gesellschaftlichen Entwicklung und setzt sich für den Ausbau des bürgerschaftlichen Engagements in seinen Bereichen ein.

Libérale Sportpolitik macht sich dafür stark, den Behinderten-, Breiten- und Leistungssport, den Sport in Schulen, Hochschulen, Vereinen, Betrieben und kommerziellen Einrichtungen sowie die sportliche Betätigung als Freizeitgestaltung oder Therapie zu unterstützen. Eine wichtige

Aufgabe ist es, Talente zu sichten und sie durch sportliches Leistungstraining und eine fundierte Schulausbildung zu fördern. Die FDP Brandenburg achtet die Fachkompetenz der Brandenburger Sportvereine und die ehren- und hauptamtlichen Leistungen ihrer Mitglieder.

Wir fordern, dem Sport eine angemessene Infrastruktur zur Verfügung zu stellen. Die bestehenden Sportstätten sollten bei gleichzeitiger Rekonstruktion, Reparatur und Modernisierung erhalten und für den Übungs- und Trainingsbetrieb der gemeinnützigen Vereine kostenfrei bereitgestellt werden.

Der Schulsport mit drei Pflichtstunden pro Woche muss Bestandteil der Stundenpläne bleiben und der Unterricht von Fachlehrern erteilt werden. Das „Europäische Jahr der Erziehung durch Sport 2004“ unterstreicht die Bedeutung des Sports für die Erziehung und Bildung der Jugend.

Die öffentliche Sportförderung muss erhalten bleiben und zusätzlich Spender und Sponsoren aus der Wirtschaft, aus Fördervereinen und Stiftungen gewonnen werden. Die FDP Brandenburg begrüßt die privatwirtschaftliche Hilfe und Unterstützung für den Sport.

Wir unterstützen die Bewerbungen von Leipzig und Rostock für die Olympischen und Paralympischen Spiele 2012.

(11) Innen und Recht

Die FDP Brandenburg steht für eine Politik der Inneren Sicherheit mit Augenmaß. Die Liberalen treten für eine konsequente Bekämpfung der Kriminalität ebenso ein wie für den Schutz des einzelnen Bürgers vor staatlicher Bevormundung und die Bewahrung seiner Grundrechte. Die FDP Brandenburg steht als Partei für eine Politik der Freiheit in Verantwortung. Das bedeutet praktisch: Liberale schaffen Sicherheit durch eine optimale Verbrechensbekämpfung und schützen die persönliche Freiheit durch die Wahrung der Grundrechte.

Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich sicher fühlen können. Die FDP Brandenburg fordert daher auch eine erhöhte Straßenpräsenz von Polizeibeamten. Darüber hinaus braucht die Polizei nicht nur eine moderne Ausrüstung, sondern auch Anerkennung und Unterstützung durch die

Politik. Die Sicherheitslage Brandenburgs ist durch die Nähe zur Metropole Berlin und durch die Umstellung der EU-Außengrenze zu Polen am 1. Mai zu einer EU-Innengrenze gekennzeichnet. Dadurch werden die Anforderungen an die Polizei wachsen.

Verbrechen bekämpfen – Bürgerliche Grundrechte und Freiheiten bewahren

Die FDP Brandenburg setzt sich für eine vorurteilsfreie Prüfung aller Maßnahmen ein, die einer effektiven Verbrechensbekämpfung dienen können. Sie tritt dafür ein, dass bei allen Maßnahmen auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit die Bürgerrechte des Einzelnen gebührend berücksichtigt werden. Deshalb gilt es bei jeder Maßnahme zu prüfen, ob tatsächlich eine konkrete Veranlassung für einen Freiheitseingriff besteht, die Verhältnismäßigkeit der Mittel gewährleistet ist und ob der gewünschte Erfolg nicht auf andere, weniger freiheitsbeschränkende Weise erzielt werden kann.

Die FDP Brandenburg lehnt unsinnige und populistische Forderungen wie elektronische Fußfesseln für Schulschwänzer oder einen abendlichen Stubenarrest für Jugendliche ab. Um Jugendkriminalität zu verhindern, ist eine stärkere Vorbeugung mit einer engeren Zusammenarbeit von Polizei, Schulen und Jugendämtern notwendig.

Sie befürwortet die Nutzung der genetischen Fingerabdrücke zur Verbrechensbekämpfung, will aber die Anordnung von DNA-Tests – wie vom Verfassungsgericht vorgesehen – weiterhin den unabhängigen Gerichten überlassen. Wir wollen auch nicht den gläsernen Bürger, der auf allen seinen Wegen überwacht wird und nicht erfährt, wer was über ihn und sein Verhalten weiß. Deshalb darf es keine verdachtsunabhängige Erfassung von Autokennzeichen geben und kann eine Videoüberwachung öffentlicher Plätze und Straßen nur zum zuvor definierten Schutz höherer Güter akzeptiert werden. So ist in einem Videoüberwachungsgesetz zu regeln, unter welchen Umständen eine solche Maßnahme zulässig ist und wie das aufgezeichnete Videomaterial zu behandeln ist.

Effizientere Polizei – Überprüfung der Polizeistrukturereform

Die zum 1. Juli 2002 durchgeführte Polizeistrukturereform wurde ohne ausreichende Aufgabenkritik und Vorbereitung überstürzt und unfach-

gemäß durchgeführt. Warnungen aus den eigenen Reihen wurden ignoriert. Sie hat zu viel unnötiger Arbeit und zu Reibungsverlusten geführt und wird deshalb von Betroffenen und Fachleuten als Verschlechterung gesehen. Die Liberalen fordern daher eine vorurteilsfreie Überprüfung der Reform nach den Prinzipien von optimaler Effektivität, größtmöglicher Bürgernähe und guter Arbeitsbedingungen für die Polizeibeamten.

Radikalismus bekämpfen – Verfassungsschutz wirksam kontrollieren

Politischer (Rechts-)Radikalismus beeinträchtigt das Ansehen des Landes, widerspricht der Tradition der Toleranz in Brandenburg, schadet dem Wirtschaftsstandort und vermindert die Attraktivität des Landes für Touristen.

Der Rechtsradikalismus muss nicht nur durch Aufklärung und Information – vor allem bei Jugendlichen –, sondern auch mit polizeilichen Mitteln nachhaltig bekämpft werden. Der Verfassungsschutz ist deshalb notwendig. Er darf jedoch kein unkontrolliertes Eigenleben führen. Der Landtag und die Parlamentarische Kontrollkommission haben bei dieser Aufgabe versagt. In der sog. V-Mann-Affäre haben Abgeordnete der SPD und der CDU bewusst auf ihre Rechte – z. B. auf Akteneinsicht – verzichtet und lieber hingenommen, vom Innenministerium falsch informiert zu werden. Sie waren entweder nicht willens oder nicht in der Lage, nach den üblichen Regeln der Demokratie ihrem Auftrag und ihrer Verantwortung nachzukommen.

Wir brauchen in Brandenburg Abgeordnete, die ihre Pflichten erfüllen. Liberale im Landtag und in der Landesregierung werden dafür sorgen, dass die rechtsstaatlichen Regeln eingehalten werden und die Kontrolle der Landesregierung durch den Landtag funktioniert.

Zügiger Rechtsschutz – Funktionstüchtige moderne Justiz

Jahrelange Verfahrensdauer an Brandenburger Gerichten verletzt das Grundrecht der Brandenburger auf staatlichen Rechtsschutz, erschüttert das Vertrauen in Justiz und Rechtsstaatlichkeit und ist ein wirtschaftlicher Standortnachteil, der zu Vermögensverlusten führt.

Dabei bedeutet zügiger Rechtsschutz nicht unzählige Reformen mit dem Ziel, Kosten zulasten der Bürger zu sparen, sondern eine personell und

sachlich angemessene Ausstattung der Justiz. Investitionen in moderne Technik sind auch hier Investitionen in die Zukunft.

Die Brandenburger Anstrengungen auf dem Gebiet des beschleunigten Verfahrens sowie des Opferschutzes (Täter-Opfer-Ausgleich) verdienen volle Unterstützung, Anerkennung und weitere Förderung.

Die Zuständigkeit für sämtliche Gerichtsbarkeiten unter Einschluss der Arbeits- und Sozialgerichtsbarkeit ist in einem Rechtspflegeministerium zusammenzuführen. Aufgaben der Freiwilligen Gerichtsbarkeit sollen ausgelagert werden; gegebenenfalls sind entsprechende Bundesratsinitiativen zu ergreifen.

Die Pläne zur Privatisierung des Maßregelvollzuges erscheinen rechtsstaatlich bedenklich und müssen überprüft werden.

Direktwahl der Landräte

Gegenwärtig werden die Landräte von den Kreistagen gewählt. Im Gegensatz dazu wählen die Bürger der kreisfreien Städte ihre Oberbürgermeister, die in ihrer Funktion Landräten entsprechen, direkt. Dies ist eine Ungleichbehandlung der Brandenburger und damit verfassungsrechtlich zumindest bedenklich. Einen zwingenden sachlichen Grund für diese Differenzierung gibt es nicht, die Bürger in den Landkreisen sind nicht dümmer oder weniger zur Demokratie fähig als die Bürger der kreisfreien Städte.

Bürokratie abbauen – Landesverwaltung reformieren

Das ausufernde Landesrecht muss umfassend auf Verständlichkeit und vor allem auf Entbehrlichkeit der Vorschriften überprüft werden. Dabei sind die vorhandenen Gesetze auch von unnötig einengenden Vorgaben für die Aufgabendurchführung zu befreien, damit die Verantwortlichen vor Ort bei der bürgerfreundlichen Anwendung der Gesetze vermehrt Freiräume für eigenverantwortliches Handeln haben.

Die Landesministerien sind von reinen Verwaltungsaufgaben zu entlasten, die auf Landesoberbehörden übertragen werden können. Zugleich ist die Zahl der Landesministerien von neun auf sieben zu reduzieren.

Sicherheit auch nach der EU-Osterweiterung

Mit der EU-Osterweiterung muss – mit Blick auf die EU-Außengrenzen – auch die Zusammenarbeit und die materielle Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden verbessert werden. Daher müssen deutsche und polnische kommunale Verwaltungsstrukturen aufeinander ausgerichtet und die grenzüberschreitende Polizeiarbeit weiter ausgebaut werden. Diesem Zweck soll auch die Einrichtung deutsch-polnischer Verbindungsstellen dienen. Die Einführung des Digitalfunks darf nicht weiter auf die lange Bank geschoben werden.

Deutsche und polnische Sicherheitsbehörden werden zudem ihre Alarmpläne miteinander abstimmen. Der Austausch von Informationen über den polizeilichen und technischen Kräfte- und Mitteleinsatz wird ausgedehnt, gemeinsame Rettungspläne erarbeitet.

(12) Finanzen

Brandenburg ist durch übermäßige Staatsausgaben, Verschwendungssucht und Fehlinvestitionen in unwirtschaftliche Großprojekte in eine schwere Haushaltsnotlage geraten. Sowohl die ab 1994 allein regierende SPD als auch seit 1999 die rot/schwarze Koalition haben mit wachsender Geschwindigkeit einen Schuldenberg von nunmehr über 18 Milliarden Euro angehäuft.

Mit einer neuen Verschuldung von 1,1 Milliarden Euro bei einem Gesamtetat von etwa zehn Milliarden Euro, d. h. also 11 % mehr Ausgaben als Einnahmen, zeigt die SPD/CDU-Koalition auch in diesem Jahr, dass keinerlei Absicht besteht, diesen Kurs zu ändern. Die jetzt amtierende Landesregierung war 1999 mit dem Versprechen angetreten, bis 2002 einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Dieses Ziel wurde zunächst auf 2005, dann auf 2009 und nunmehr auf unabsehbare Zeit verschoben. Während die SPD ihre Ausgabenpolitik, mit der sie Brandenburg zu einem Versorgungsstaat nach dem Motto „kleine DDR“ machen wollte, fortsetzte, versagte die CDU bei dieser Aufgabe völlig, nachdem sie doch 1999 ihre Regierungsbeteiligung gerade mit dem Ziel der notwendigen Haushaltskonsolidierung begründet hatte.

Beiden Parteien fehlt die Kraft, den Haushalt zu sanieren. Die verkündete Absicht, jedes Jahr die Nettokreditaufnahme um 125 Millionen Euro zu senken, ist völlig unzureichend. Ein ausgeglichener Haushalt würde damit erst 2011 erreicht. Nach den gebrochenen Versprechungen der letzten Jahre glaubt auch niemand mehr an einen ernsthaften Willen von SPD und CDU, endlich eine solide Haushaltspolitik zu machen.

Die bedrohliche Lage wird gegenüber den Bürgern durch eine verschleiерnde Sprache verharmlost. So werden größere Anstrengungen beim Schuldenabbau versprochen, während in Wirklichkeit sogar die jährliche Neuverschuldung steigt.

Von Schuldenabbau kann nur gesprochen werden, wenn am Ende des Jahres die Gesamtsumme der angehäuften Landesschulden geringer wäre als zum Ende des Vorjahres. Das geht nur, wenn man keine neuen Schulden aufnimmt und von den alten etwas zurückzahlt. Kein Schuldenabbau, sondern Schuldenvermehrung ist es, wenn man in einem Jahr lediglich weniger Kredite aufnimmt als im Vorjahr und dabei die Gesamtsumme der Schulden steigt. Unter der beschönigenden Überschrift "Rückgang bzw. Abbau der Nettokreditaufnahme" wird diese einfache Wahrheit geschönt. In Wirklichkeit erhöht sich jedes Jahr die Gesamtverschuldung des Landes und damit vor allem auch die jährliche Zinslast, die bereits jetzt über 800 Millionen Euro beträgt und sich dramatisch erhöhen kann, sobald die Zeit der niedrigen Zinsen vorbei ist.

Es ist auch geradezu zynisch, wenn die Landesregierung stolz darauf ist, dass der Haushalt noch verfassungsgemäß sei. Die von der Verfassung zwingend vorgeschriebene äußerste Verschuldungsgrenze in der Höhe der Investitionen ist nur die äußerste Notbremse, um unfähige oder unwillige Politiker daran zu hindern, die öffentlichen Finanzen ganz und gar zu ruinieren.

Dabei wird die Lage in Zukunft noch bedrohlicher, weil die ohnehin bescheidenen Steuereinkünfte des Landes nur die Hälfte der Einnahmen ausmachen. Der Rest sind Zuschüsse vom Bund bzw. Solidarpakt und Länderfinanzausgleich sowie EU-Beihilfen, die in den nächsten Jahren erheblich zurückgehen werden.

Die FDP Brandenburg setzt sich daher für eine konsequente Sparpolitik mit klaren Kriterien und verbindlichen Schritten ein, um den Raubbau an

der Zukunft des Landes zu stoppen und die unverantwortliche Überlastung der jungen Generation zu beenden:

Die Neuverschuldung wird stufenweise abgebaut. Für die Jahre 2005, 2006 und 2007 wird in absteigender Linie jeweils eine absolute Obergrenze der Kreditaufnahme gesetzlich festgelegt.

Für das Jahr 2008 und die Folgejahre ist ein ausgeglichener Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen. Die Altschulden müssen regelmäßig getilgt werden. In der Abwicklung entstehende Fehlbeträge sind im Folgejahr sofort wieder einzusparen.

In die Verfassung des Landes Brandenburg wird für die Zeit ab 2008 ein Verbot der Schuldenaufnahme festgeschrieben.

Die Politiker im Lande müssen selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Der von den anderen Parteien abgelehnte Vorschlag, den Landtag von 88 auf 69 Mitglieder zu verkleinern, muss gleich zu Beginn der neuen Legislaturperiode umgesetzt werden. Die Landesregierung ist von neun auf sieben Ministerien zu reduzieren. Auch ist die Hierarchie- und Besoldungsstruktur in der Landesverwaltung anderen vergleichbaren Ländern anzugleichen.

Als wesentlichste Sparmaßnahme ist das Landespersonal bis zum Jahr 2006 um mindestens 15.000 Stellen abzubauen. Das Gutachten von Prof. Helmut Seitz belegt eindeutig, dass Brandenburg sich erheblich mehr Personal leistet als Sachsen oder Westländer wie Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig –Holstein. Der von der Landesregierung vorgesehene Abbau von ca. 12.700 Stellen ist unzureichend. Die Vereinbarung der Landesregierung mit den Gewerkschaften, bis zum Jahre 2009 auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten, verletzt das Haushaltsrecht des noch zu wählenden Landtags während dessen gesamter Amtszeit und kann deshalb nicht das letzte Wort sein.

(13) Kommunales, Gemeindefinanzen, Funktionalreform

Für die FDP Brandenburg gilt der Grundsatz: Nur das, was die Bürger nicht in Eigen- und Mitverantwortung regeln können, soll der Staat regeln. Wir wollen so viel Bürgerentscheidung wie möglich und so wenig staatliche Vorgaben wie nötig. Wo immer es möglich ist, sollen Kompetenzen auf die Kommunen verlagert werden. Dabei ist ein entsprechender Finanzausgleich unverzichtbar.

Beispiel Gemeindefinanzierungsgesetz: Statt einer mit gewaltigem Verwaltungsapparat verbundenen Antragsbearbeitung und Mittelzuweisung durch die Kreise sollte die Auszahlung an die Kommunen direkt erfolgen, die die Mittel nach deren Ermessen verwenden können. Noch einfacher wäre eine Streichung des Gemeindefinanzierungsgesetzes und im Gegenzug eine entsprechende Reduzierung der Kreisumlagen.

Die FDP Brandenburg lehnt die Versuche, die Lücken im Landeshaushalt auf Kosten der Gemeinden zu schließen und ihnen die Zuwendungen weiter zu kürzen, ab. Die unverantwortliche Ausgabenpolitik des Landes einschließlich der personellen Überbesetzung muss nach dem Verursacherprinzip bei den Landesausgaben zu fühlbaren Einschnitten führen, nicht aber zu einer Verminderung der den Gemeinden zustehenden Finanzmittel.

Bund-Länder-Finanzausgleich und Gemeindefinanzreform gehören untrennbar zusammen. Es ist eine Rückverlagerung von Kompetenzen der Länder an die Kommunen im Sinne des Subsidiaritätsprinzips vorzunehmen. Städte und Gemeinden brauchen eine einfache, für den Bürger nachvollziehbare Steuerhoheit.

Bei der Kommunalreform wurde die Funktionalreform vergessen. Es muss überprüft werden, welche Aufgaben die Kommunen wahrnehmen müssen, welche Kreis oder Land wahrnehmen können und welche Aufgaben besser in private Hand übergehen sollten. Es kann nicht sein, dass die Kommunen ständig mit neuen Aufgaben belastet werden, aber für deren Wahrnehmung keine finanziellen Mittel erhalten.

Die kommunale Planungshoheit darf nicht noch weiter ausgehöhlt werden. Entscheidungen von Kommunen, beispielsweise gegen die Auswei-

sung von Flächen für Windkraftanlagen, dürfen durch die Landesplanung nicht einfach übergangen werden.

(14) Brandenburg und Berlin – Brandenburg und der Bund

Die Lage Brandenburgs und Berlins zueinander, gemeinsame Probleme und vielfache Verflechtungen machen es sinnvoll, auf vielen Gebieten zu kooperieren und die Zusammenarbeit weiter zu intensivieren. Wirtschaftliche Vorhaben können miteinander abgestimmt werden, Vorschriften – von der Bauordnung bis zur Juristenausbildungsordnung – können harmonisiert und Behörden zusammengelegt werden.

Aufgrund dieser Umstände kann auch eine Fusion sinnvoll sein, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt werden. Dabei müssen neben einer Fusion mit Berlin allein auch mögliche weitergehende Zusammenschlüsse, z. B. mit Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt, vorurteilsfrei geprüft werden.

Eine Fusion mit Berlin kommt für die märkischen Liberalen nur bei Erfüllung folgender Vorbedingungen in Betracht:

- die desolate Finanzlage Berlins muss, auch mit Bundeshilfe, so neu geordnet werden, dass für die Brandenburger Bürger bei einer Fusion Brandenburgs mit Berlin keine zusätzliche Belastung entsteht,
- in Brandenburg muss aus eigener Kraft der Weg in die immer höhere Verschuldung gestoppt werden und ein ausgeglichener Haushalt ohne Neuverschuldung erreicht worden sein,
- beide Regierungen müssen einen nachvollziehbaren Plan für den Zusammenschluss der Landesverwaltungen einschließlich der notwendigen Personalreduzierungen vorlegen. Die finanziellen Vor- und Nachteile einer Fusion müssen von den Parlamenten einvernehmlich festgestellt und den Bürgern präsentiert werden,

- es muss ein aktualisierter Verfassungsvorschlag von beiden Parlamenten erarbeitet und mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden, der den Bürgern bei der Fusionsabstimmung zur Entscheidung vorgelegt wird.

Diese Bedingungen müssen so erfüllt werden, dass der Bürger sie verstehen und nachvollziehen kann. Erst dann macht es Sinn, einen festen Termin für eine Volksabstimmung ins Auge zu fassen.

Im Falle der Fusion muss Potsdam Landeshauptstadt mit Sitz von Landtag und Landesregierung werden. Auch muss grundsätzlich sichergestellt sein, dass das überwiegend ländliche Brandenburg nicht durch die städtische Metropole dominiert wird. Gerade bei den Standorten für Behörden dürfen die Interessen des äußeren Entwicklungsraumes nicht außer Betracht gelassen werden. Im Zeitalter moderner Kommunikationstechnologien kann eine übertriebene Zentralisierung vermieden werden.

Bundesstaat neu ordnen – Aufgaben besser verteilen

Die FDP Brandenburg vertritt die Auffassung, dass die Freiheit der Bürger dadurch am besten gesichert wird, dass möglichst viele Entscheidungen auf einer bürgernahen Ebene getroffen werden. Das Subsidiaritätsprinzip darf nicht nur Geltung im Verhältnis zwischen der Europäischen Union und den einzelnen Mitgliedstaaten haben, sondern muss auch im Verhältnis zwischen Bund und Ländern zum Tragen kommen.

Ziel liberaler Politik ist es daher, im Rahmen der Neuordnung des Bundesstaates die Ebene der Länder zu stärken; insbesondere müssen die Parlamente der Länder wieder vermehrt ihrer vornehmsten Aufgabe, der Gesetzgebung, nachkommen können. Die Verteilung der Gesetzgebungskompetenzen zwischen Bund und Ländern ist daher zu überprüfen. Den Ländern sind Kompetenzen zurückzugeben, damit sie selbständig und eigenverantwortlich handeln können.